

# Die Schule <sup>für alle</sup>

Würde achten  
solidarisch handeln  
gehört werden teilhaben sich einigen  
mitbestimmen zuhören

# Demokratie

## Demokratische Schule – Schule der Demokratie

verantwortlich sein mitentscheiden  
aktiv mitmachen **Gleichberechtigung** wählen  
selbstbestimmt handeln diskutieren sich engagieren  
**Chancengleichheit** anerkennen abstimmen  
menschlich sein auseinandersetzen inklusiv handeln  
protestieren **Bildungsgerechtigkeit** Anderssein respektieren  
Potential entfalten Rechte wahrnehmen  
Pflichten einüben Transparenz zeigen  
Lebensraum gestalten  
frei sein  
...

Das Magazin

**GGG**

Verband für Schulen des gemeinsamen Lernens e.V.

# Editorial

Liebe Mitglieder der GGG,  
liebe Leserinnen und Leser,

„die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat“. So nachzulesen in Artikel 20(1) Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Und weiter steht dort: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“. Voraussetzung ist, dass die Bürgerinnen und Bürger aus eigener Überzeugung und freiwillig im Sinne der Demokratie handeln. Die erforderlichen Überzeugungen sind den Menschen nicht in die Wiege gelegt. Dies zeigen weltweit Angriffe auf die Demokratien u. a. durch autoritäre Potentaten, denen es gelingt, als starke Führer die Macht an sich zu reißen, demokratische Regeln außer Kraft zu setzen und Teile des Volkes für sich zu vereinnahmen. Ein Tiefpunkt war der Sturm auf das Kapitol in den USA, ausgelöst durch den Machtmissbrauch eines demokratieverachtenden Präsidenten.

Auch in Deutschland werden demokratische Grundsätze und Institutionen in Frage gestellt und angegriffen. Vorgänge am und im Reichstag, Querdenkerdemonstrationen unter Missachtung der Corona-Regeln, gewalttätiger Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und persönliche Angriffe auf Mandatsträger und öffentliche Personen, bei denen selbst vor einem Mord nicht zurückgeschreckt wird, sind nur einige Beispiele dafür.

Wir durchleben gerade eine sensible Zeit, in der im Rahmen der Pandemiebekämpfung Grundrechte außer Kraft gesetzt werden. Dies ist nicht nur für Corona-Leugner nicht akzeptabel. Ebenso nicht hinnehmbar sind für viele ökonomisch bedingte Benachteiligungen, die aus den auferlegten Einschränkungen resultieren. Sich dagegen zu wehren, ist nicht nur erlaubt, sondern auch geboten. Das Vertrauen in demokratisch legitimierte Mittel erfordert häufig ein hohes Maß an Ausdauer und Frustrationstoleranz.

Nur von der Demokratie Überzeugte Bürger\*innen sind in der Lage, ihr Leben nach demokratischen Regeln gemeinschaftlich zu gestalten und ggf. auch die Demokratie zu verteidigen. Wo anders als in der Schule könnte dies gelernt und verinnerlicht werden. Zu den vorrangigen Bil-

dungszielen von Schule muss es gehören, jungen Menschen demokratische Werte zu vermitteln. Demokratie muss im Schulalltag mit Leben erfüllt werden. Wie dies gelingen kann, aber auch welche Anstrengungen damit verbunden sind, belegen diverse Beiträge aus der Praxis, nachzulesen in der Rubrik „Schule im Fokus“.

In einem grundsätzlicheren Beitrag erörtert *Wolfgang Beutel* die Ambivalenz zwischen der Idee einer demokratischen Schule und der Verfasstheit der Schule, wie sie ist und wie sie sein sollte. Im Schreibgespräch mit *Anne Volkmann* fordert *Hans Brügelmann* ein Schulsystem, das einerdemokratischen Gesellschaft angemessen ist und der gesellschaftlichen Spaltung entgegenwirkt und nennt Kriterien dafür. Wie ein solches System zu einem demokratischen Ort entwickelt werden kann, beschreibt *Helke Felgenträger*. Und last but not least blickt *Kurt Edler* kritisch auf den Zusammenhang zwischen Digitalisierung und Demokratieentwicklung. Demokratiebildung ist ein Kernauftrag für unsere Schulen. Das will die KMK, das fordern die Schulgesetze der Bundesländer. Deshalb muss De-

mokratiebildung auch ein wesentliches Qualitätsmerkmal für Schulen sein und dementsprechend Bedeutung wie die Kernfächer haben. *Wolfgang Beutel* beklagt zu Recht, dass es Schulen bisher individuell überlassen wurde, ob sie sich darauf einlassen oder nicht. Wir fordern mit ihm ein konzertiertes staatliches Engagement für die Demokratiebildung in unseren Schulen. Mit den Beiträgen in diesem Heft wollen wir Schulen dabei unterstützen, sich zu Orten der Demokratie zu entwickeln.

Demokratie lebt von Beteiligung. In diesem Geiste versuchen Bundes- und Landesvorstände der GGG in der aktuellen bildungspolitischen Diskussion, die Interessen der Schulen des gemeinsamen Lernens in der öffentlichen Debatte zu vertreten. Davon zeugen viele weitere Beiträge in diesem Magazin.

*Ich wünsche allen Leserinnen und Lesern eine anregende und gewinnbringende Lektüre.*

*Dieter Zielinski*



**Dieter Zielinski**  
Vorsitzender  
der GGG



# Einladung

## zur Bundesarbeitstagung und Mitgliederversammlung am 20.11.2021 in Göttingen-Geismar

### Aus der Krise lernen – die Zukunft gestalten

Eigentlich wollten wir uns schon vor einem Jahr treffen. Die Pandemie hat uns einen Strich durch die Rechnung gemacht. Wir hoffen, dass dies in diesem Jahr nicht wieder geschehen wird. Deshalb planen wir erneut eine Doppelveranstaltung aus Bundesarbeitstagung und Mitgliederversammlung, zu der wir alle GGG-Mitglieder herzlich einladen. Zur Teilnahme an der Bundesarbeitstagung sind auch Gäste herzlich willkommen.

**Das Thema unserer Veranstaltung ist geblieben:** Aus der Krise lernen – die Zukunft gestalten. Vorgesehen ist ein Vortrag aus Wissenschaft, Politik oder Gesellschaft, der sich mit der Schiefelage unseres Bildungssystems auseinandersetzt und Perspektiven für eine bessere Zukunft aufzeigt. Nach dem Vortrag wollen wir uns in Arbeitsgruppen mit den Thesen des Vortrags auseinandersetzen und Orientierungen für die künftige Positionierung der GGG entwickeln. Über den weiteren Verlauf unserer Vorbereitungen, insbesondere über das genaue Thema des Vortrags sowie die Referentin bzw. den Referenten, werden wir auf unserer Website informieren.

**Bundesarbeitstagung (BAT) und GGG-Mitgliederversammlung (MV)  
finden am Samstag, den 20.11.2021, 14.00 – 17.00 Uhr statt.**

**Ort: Georg-Christoph-Lichtenberg-Gesamtschule,  
Schulweg 22, 37083 Göttingen-Geismar**



#### Folgender Ablauf ist vorgesehen

- 10.00 Uhr: Offener Beginn
- 10.30 – 11.30 Uhr: Vortrag und Aussprache zum Thema der Veranstaltung  
„Aus der Krise lernen – die Zukunft gestalten“
- 11.30 – 12.30 Uhr: Diskussion in Kleingruppen
- 12.30 – 13.00 Uhr: Präsentation der Gruppenergebnisse im Plenum
- 13.00 – 14.00 Uhr: Mittagspause
- 14.00 – 17.00 Uhr: Mitgliederversammlung



#### Tagesordnungsvorschlag

- Begrüßung und Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung
- Wahl der Versammlungsleitung und der Mandatsprüfungskommission
- Bestellung der Protokollant\*innen
- Genehmigung / Änderung der Tagesordnung
- Genehmigung / Änderung des Protokolls der MV 2019
- Bericht des Bundesvorstandes und Aussprache
- Kassen- und Revisionsbericht und Aussprache
- Entlastung des Vorstandes
- Wahl des Wahlvorstandes
- Wahl des Bundesvorstands
- Wahl der Revisor\*innen
- Anträge (Antragsschluss: satzungsändernd 16.10.2021  
/ nicht satzungsändernd 30.10.2021)
- Verschiedenes

Weitere Unterlagen folgen demnächst auf unserer GGG Website [www.ggg-web.de](http://www.ggg-web.de)

**Einladung zur Bundesarbeitstagung  
und Mitgliederversammlung**

U2

**Editorial** | Dieter Zielinski

1

**GGG aktiv**

**Bundesausschuss: Wir mischen uns ein**

| Dieter Zielinski

5

**100 Jahre Schulreform in Deutschland**

| Gerd-Ulrich Franz

7

**KMK ersetzt Hamburger Abkommen**

| Lothar Sack

9

**Empfehlungen: Nicht empfehlenswert!**

– **Qualitätskommission Berlin**

| Lothar Sack

10

**im Fokus**

**Schule in der Demokratie – demokratische Schule?**

| Wolfgang Beutel

13

**Demokratische Schule – Schule in der Demokratie**

| Helke Felgenträger

17

**Bildungsgerechtigkeit und demokratische Schule**

– **Ein Schreibgespräch**

| Hans Brügelmann | Anne Volkmann

19

**ABSTAND wahren**

– **Digitale Demokratiepädagogik in Zeiten der Pandemie** | Kurt Edler

22



© Foto: Christa Gramm



© Foto: Eva Giovannini



## Schule im Fokus

JENAPLAN-SCHULE JENA

**Partizipation und Selbstwirksamkeit von Anfang an** | Helke Felgenträger

25

MAX-BRAUER-SCHULE, HAMBURG

**Nicht nur der Weg ist das Ziel, sondern dass alle mitkommen** | Sarah Schnitzer

28

IGS-SÜD, FRANKFURT AM MAIN

**Schule als Lernort für demokratische Prozesse** | Jenny Desoi

31



© Foto: Max-Brauer-Schule, Hbg.

## Länder Spiegel

**Berlin** | Josefa Erzberger | Robert Giese

35

**Hamburg** | Anna Ammann  
| Barbara Riekmann

37

**Hessen** | Ingrid Burow-Hilbig

38

**Niedersachsen** | Andreas Meisner

39

**Nordrhein-Westfalen** | Behrend Heeren

40

**Schleswig-Holstein** | Dieter Zielinski

41

## im Gespräch

MARINA WEISBAND

**aula – ausdiskutieren und life abstimmen**  
| Konstanze Schneider

43

HARALD LESCH, URSULA FORSTNER

**Wie Bildung gelingt**  
| Konstanze Schneider | Lothar Sack

45

VERENA FRIEDERIKE HASEL

**Der tanzende Direktor**  
| Konstanze Schneider

48

GERALD HÜTHER, MARCELL HEINRICH, MITCH SENF

**#Education For Future**  
| Gerd-Ulrich Franz

49



© Foto: wbg THEISS Verlag

## Nachlese

**Schule nach Corona**

| Anne Ratzki | Michael Fink

51

## Bildungspolitische Aktivitäten



**Dieter Zielinski**  
Vorsitzender der GGG



**Gerd-Ulrich Franz**  
ehem. Vorsitzender  
der GGG



**Lothar Sack**  
ehem. Vorsitzender  
der GGG

### **Dieter Zielinski**

**Wir mischen uns ein –  
bildungspolitische Aktivitäten  
des Bundesvorstandes,  
insbesondere bezogen auf die  
KMK-Ländervereinbarung.**

### **Gerd-Ulrich Franz**

**100 Jahre Schulreform in  
Deutschland ...**

**In der Bündnis Broschüre Bd. 7  
zeigt Marianne Demmer auf,  
wie Auslese als zentrales Wirk-  
prinzip des Schulwesens bis  
heute eine inklusive Schule für  
die Demokratie in Deutsch-  
land verhindert.**

### **Lothar Sack**

**KMK:**

**Das Hamburger Abkommen  
ist passé - und was sonst noch  
in der KMK-Ländervereinbarung  
geregelt wird.**

**Qualitätskommission Berlin:**

**Die Qualitätskommission der  
Berliner Senatorin gibt Emp-  
fehlungen. Der Landesvorstand  
der GGG-Berlin nimmt Stellung:  
Nicht empfehlenswert!**

# Wir mischen uns ein –

## bildungspolitische Aktivitäten des Bundesvorstandes

**Dieter Zielinski**

**Zu den Aufgaben der GGG gehört es, mit Parlamenten, Regierungen, Verwaltungen, Schulträgern, Parteien, Verbänden, Gewerkschaften und Initiativen zusammenzuarbeiten und dabei die eigenen Ziele sowie die Interessen der bereits bestehenden Schulen des gemeinsamen Lernens zu vertreten. In diesem Artikel gebe ich einen Einblick in die aktuellen Aktivitäten des Bundesvorstandes.**

Bildungsfragen erfahren zurzeit eine hohe Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit. Schwerpunkte sind u.a. das Ringen um den richtigen Weg zwischen gesundheitsschützenden und pädagogisch ausgerichteten Maßnahmen, der Aspekt der sozial bedingten Bildungsbenachteiligung sowie die aus den Einschränkungen des Bildungsbetriebes verursachten Lernrückstände der Schülerinnen und Schüler. Auch wenn Bildungspolitik unter die Kulturhoheit der Bundesländer fällt und Antworten dort gesucht und gefunden werden müssen, werden die Diskussionen mit der Zielsetzung eines möglichst einheitlichen Vorgehens ebenso intensiv auf der Bundesebene geführt, so z.B. in den zentralen Nachrichtensendungen der Fernsehanstalten.

In diesem Sinne haben der Bundesvorstand der GGG wie auch einige Landesverbände mit Stellungnahmen und Presseinformationen z.B. zu den Themen „Empfehlungen zur Durchführung von Abschlussprüfungen im Schuljahr 2020/21“ sowie zur „Wiederaufnahme des Schulbetriebs nach den Weihnachtsferien in den Bundesländern“ versucht, den GGG-Positionen Gehör zu verschaffen.

### **Covid-19: Pandemie und Folgerungen**

In unserer Stellungnahme zum Papier der Friedrich-Ebert-Stiftung „Lehren aus der Pandemie: Gleiche Chancen für alle Kinder und Jugendlichen sichern“ war es uns wichtig zu betonen, dass ein Konzept zur Aufhebung von Bildungsbenachteiligungen, insbesondere dann, wenn es sich um eine langfristig angelegte Perspektive handelt, nicht allein auf die Kompensation von

Lernrückständen und Sicherung von Mindeststandards fokussiert sein darf. Unser Bildungssystem wird nur dann einen erfolgreichen Beitrag zur Aufhebung von Bildungsbenachteiligung leisten können, wenn das System insgesamt eine entsprechende Orientierung hat. Dazu ist es erforderlich, dass der Bildungsauftrag von Schule erneut in den Blick genommen und neu justiert wird. Mit unserem Aufruf zu einer grundlegenden Bildungsreform sowie einem Impulspapier mit zehn in die Zukunft weisenden Impulsen (siehe DSfa 2020/1) haben wir entsprechende Anregungen gegeben.

In den aktuellen Debatten sehen wir eine Chance, unserem Ziel, das wir mit vielen anderen in der Zivilgesellschaft teilen, einen Schritt näher zu kommen. Dabei werden wir uns nicht auf die Politik verlassen können. Was wir jetzt brauchen ist eine groß angelegte gesellschaftliche Debatte um die Schule für das 21. Jahrhundert. Leider hat sich unsere Hoffnung auf einen Bildungsrat für Bildungsgerechtigkeit nicht erfüllt. Aber die Montag Stiftung Denkwerkstatt hat sich erfreulicherweise des Themas angenommen und einen Bürgerrat Bildung und Lernen ins Leben gerufen (siehe: <https://www.buergerrat-bildung-lernen.de/dito/explore?action=startpage&id=90>). Wir unterstützen diesen Bürgerrat und fordern zur Beteiligung auf.

### **GGG im Bündnis aktiv**

Auch im Bündnis „Eine für alle – Die inklusive Schule für die Demokratie“ mit GEW, GSV, ‚Aktion Humane Schule‘ und ‚Politik gegen Aussonderung‘ arbeitet die GGG, weiter vertreten durch Gerd-Ulrich Franz, kontinuierlich daran, die Idee der „inklusive Schule für die Demokratie“ wirksam in die Öffentlichkeit zu bringen. Eine Veranstaltung zu 100 Jahre Reichsschulkonferenz musste zwar 2020 coronabedingt ausfallen. Die Planung, mit dem „Legislativen Theater Berlin“ gezielt bildungspolitische Akteure in Berlin anzusprechen, hoffen wir nun im Jahr 2021 umsetzen zu können. Passend hierzu wird gerade als Heft 7 der Schriftenreihe des Bündnisses eine Broschüre mit dem Titel „100 Jahre Schulreform in Deutsch-



land – Eine (un)endliche Geschichte“ fertiggestellt. Die Verbände wollen in einem Videotreffen beraten, ob und wie künftig das traditionelle „Himmelfahrtstreffen“ stärker in eine gemeinsame strategische Bündnisarbeit eingebunden werden könnte.

### KMK-Ländervereinbarung

Neben den aktuellen Diskussionen um Bildungsfragen läuft, von der Öffentlichkeit nur am Rande wahrgenommen, die „Alltagsarbeit“ in den Bildungsadministrationen weiter. So auch auf der Ebene der Kultusministerkonferenz. Diese legte am 15.10.20 nach langer Vorarbeit eine „Ländervereinbarung über die gemeinsame Grundstruktur des Schulwesens und die gesamtstaatliche Verantwortung der Länder in zentralen bildungspolitischen Fragen“ vor und ergänzend dazu Politische Vorhaben zur Ländervereinbarung. Über die Inhalte berichtet Lothar Sack in diesem Heft. Führte noch die Veröffentlichung durch die KMK zu deutlichen Reaktionen in der Presse und Erklärungen von Gewerkschaften und Verbänden, ist es mittlerweile still darum geworden. Dennoch werden die Vereinbarung und die noch zu verhandelnden Vorhaben weitreichende Konsequenzen für die Ausrichtung unseres Schulsystems und die Arbeit in unseren Schulen haben.

### KMK setzt falsche Prioritäten!

In unserer Stellungnahme „KMK setzt falsche Prioritäten – weder Bildungsgerechtigkeit noch Zukunftsfähigkeit unseres Bildungssystems stehen im Fokus! Wir sehen dennoch Perspektiven!“ haben wir unsere grundlegenden Einschätzungen dargelegt.

Die KMK-Ländervereinbarung ist so kein Fortschritt. Als habe es die Corona-Pandemie mit den dabei in den Fokus gerückten überwiegend schon lange bekannten Mängeln des deutschen Bildungssystems nicht gegeben, wird in einem Zustand des „business as usual“ verharrt. Die in einer Zusatzvereinbarung beschriebenen politischen Vorhaben sollen zu mehr Qualität und Transparenz, Verlässlichkeit und Vergleichbarkeit führen, ignorieren aber die wahren Missstände unseres Bildungssystems.

■ **Bildungsgerechtigkeit** wird im Wesentlichen auf die Vergleichbarkeit von Abschlüssen reduziert und nicht auf den inakzeptablen Zusammenhang von sozialer Herkunft und Schulerfolg bezogen.

■ **Inklusion** wird auf ein schulisches Angebot verkürzt und nicht als zentrale Aufgabe einer inklusiven Gesellschaft zur Verwirklichung des Rechtes aller Menschen, insbesondere auch von Kindern u.a. gemäß der UN-Behinderertenrechtskonvention, der UN-Kinderrechtskonvention und des Gleichbehandlungsgebotes unseres Grundgesetzes.

■ Unerschlossen bleibt für uns, warum in der Gliederung des Abschnitts II. **die Qualitätssicherung vor die inhaltlichen Ziele gestellt wird**. Hierin kommt eine merkwürdige Prioritätensetzung zum Ausdruck. Eigentlich sollte die Qualitätssicherung den inhaltlichen Zielen verpflichtet sein. Darauf fußend können dann Kriterien für das Erreichen der Ziele formuliert werden. Dabei müssen alle Ziele abgedeckt werden. Diese falsche Reihenfolge wird noch einmal besonders deutlich bei der Formulierung der „Politischen Vorhaben“. Dort spielen bei der Qualitätssicherung die Ziele des Bildungssystems überhaupt keine Rolle.

■ **Insgesamt geht es um Normierung und nicht um Vielfalt**, was insofern widersprüchlich ist, weil in der Folge der PISA-Ergebnisse mit der Einführung von zentralen Abschlussprüfungen und der Verabschiedung von abschlussbezogenen Bildungsstandards eine Umorientierung in der Steuerung des deutschen Bildungssystems erfolgt ist: weg von einer Inputsteuerung, hin zu einer Outputsteuerung. In diesem Kontext sind dezidierte Regelungen nicht nur überflüssig, sondern auch systemisch falsch. Unsere Schulen brauchen Freiräume und keine Gängelung. Zu schaffen ist ein „Lernumfeld, in dem sich alle Kinder und Jugendlichen bestmöglich entfalten und einbringen können“.

Wir wollen unsere Expertise einbringen und die Entscheidungen in unserem Sinne beeinflussen. Deshalb haben wir in einem Anschreiben an die Präsidentin der KMK, den Generalsekretär und

Leiter der KMK, an die in Bildung, Wissenschaft und Kultur zuständigen Ministerinnen und Minister bzw. Senatorinnen und Senatoren sowie die Mitglieder der Amtschefkonferenz der KMK unsere Bereitschaft zur Beratung angeboten sowie auf zentrale für uns wichtige Orientierungen hingewiesen. Noch ist die Resonanz gering. Immerhin hat Frau Dr. Hubig, KMK-Präsidentin 2020, reagiert und uns dabei auf die Arbeit der neu einzurichtenden wissenschaftlichen Kommission verwiesen. Wir werden am Ball bleiben und auch das Gespräch mit der neuen KMK-Präsidentin suchen, die in einem Interview in der Sen-

dung „Berlin direkt“ am 17.1.21 ihre Bereitschaft zu einem solchen Gespräch geäußert hat. Sie sagte, „wir stellen uns gerne der öffentlichen Kritik. Wir freuen uns auf den Dialog.“

Genauso wichtig wird es sein, in den einzelnen Bundesländern das Gespräch mit den dortigen Verantwortlichen zu suchen. Hier setzen wir auf die Arbeit unserer Landesverbände.

Alle hier angesprochenen Unterlagen zur KMK-Ländervereinbarung befinden sich auf unserer Homepage.



# 100 Jahre Schulreform in Deutschland...

## Gerd-Ulrich Franz

**„Eine für alle – die inklusive Schule für die Demokratie“ war 2016 das Thema des gemeinsamen Kongresses in Frankfurt und ist seitdem Name und Auftrag eines kontinuierlich arbeitenden Bündnisses.**

An diesem **Bündnis** beteiligen sich folgende Organisationen: die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), der Grundschulverband (GSV), die Aktion Humane Schule (AHS), das NRW-Bündnis „Eine Schule für alle“ und der Verein „Politik gegen Aussonderung – Koalition für Integration und Inklusion“ (PogA) sowie die GGG, die ich hier vertrete.

## Covid-19 wirft Planung um

Für das letzte Jahr hatten wir in Berlin eine große Veranstaltung aus Anlass des Jubiläums der Reichsschulkonferenz (RSK) von 1920 geplant, mit der wir gezielt auf Bundesebene aktive Politiker ansprechen und zur Teilnahme einladen wollten, um mit ihnen die seit 100 Jahren nicht

verwirklichte demokratische Schule zu diskutieren. Das Format, ein „Legislatives Theater“ zu den noch immer virulenten Problemen der Schülerauslese und des Bruchs nach der Grundschule, sollte anhand historischer Zitate und heutiger Argumente die Zuschauer bei der Suche nach Lösungen aktiv einbeziehen. Das Stück ist geschrieben, seine Aufführung musste aber erstmal in den Herbst 2021 verschoben werden.

## Schulreform - die (un-)endliche Geschichte?!

Einstweilen haben wir uns darum auf die Herausgabe einer Broschüre zum historischen Werden der vielfach steckengebliebenen Schulreformansätze der letzten 100 Jahre konzentriert. Marianne Demmer, ehemals Vorstand Schule der GEW, hat als Autorin unseres Heftes Nr. 7 unter dem Titel „1920 - 2020 Schulreform in Deutschland – Eine (un)endliche Geschichte?!“ die historischen Etappen, Akteure und Argumente zusammengetragen. Sie legt eindrucksvoll dar, wie der „Weimarer Schulkompromiss“ bis heute in den schulgesetzlichen Regelungen nachwirkt,



wie der lange Schatten der RSK die schulreformerischen Bemühungen bis heute beeinflusst hat. Frappierend ist – wenn auch nicht wirklich verwunderlich – wie wenig sich die Argumente für oder gegen das gemeinsame Lernen aller Kinder in einer Schule unterscheiden. Die „Einheitsschule“ meinte zunächst schlicht „einheitlich“ für ganz Deutschland, mutierte aber schon damals zum Kampfbegriff und Vorwurf der „Gleichmacherei“. Ihre umfangreichen Recherchen und detaillierten historischen und aktuellen Zitate lassen diesen K(r)ampf auch bei allen Folgeetappen lebendig werden: nach dem Zweiten Weltkrieg die Restauration der Ständeschule im Westen, dagegen die Einheitsschule im Osten. Ende der 60er Jahre in allen Westländern gestartet, wurden die Gesamtschulversuche schon Mitte der 70er Jahre politisch massiv ausgebremst. Auch nach der Wende 1989 verstrich die Gelegenheit ungenutzt, eine gemeinsame Schule für alle Kinder in ganz Deutschland einzuführen.

**Marianne Demmer** zeigt auf, wie Auslese als zentrales Wirkprinzip des Schulwesens bis heute eine inklusive Schule für die Demokratie in Deutschland verhindert. Sonderung wird von Philologen wie Sonderpädagogen bis heute mit Vehemenz politisch vertreten und verteidigt. Deren Verbände finden bis heute stets offene Ohren bei der Politik und werden von Entscheidungsträgern gerne zur Legitimation der Nichtänderung der Strukturen herangezogen.

Im Schlusskapitel geht Demmer noch einmal auf die mangelnden Erfolge der Reformansätze ein, formuliert Perspektiven und notwendige Entscheidungen. Als ein zentrales Problem benennt sie die mangelnde Kooperation der reformerischen Kräfte. Daran anknüpfend formuliert das Bündnis als Herausgeber in seinem Nachwort die notwendigen Schritte hin zur inklusiven Schule für die Demokratie. Dafür machen wir uns gemeinsam stark und werden um weitere Partner und Unterstützer in Politik und Gesellschaft werben.

**Die 172 seitige Broschüre von Marianne Demmer kann bei der Geschäftsstelle gegen einen Unkostenbeitrag von 5 € bestellt werden. [geschaeftsstelle@ggg-web.de](mailto:geschaeftsstelle@ggg-web.de)**





# KMK ersetzt Hamburger Abkommen

**Lothar Sack**

**Am 15. Oktober 2020 – mitten in der Covid-19-Pandemie – hat die KMK eine Ländervereinbarung über die gemeinsame Grundstruktur des Schulwesens und die gesamtstaatliche Verantwortung der Länder in zentralen bildungspolitischen Fragen verabschiedet. Sie ersetzt das Hamburger Abkommen zwischen den Ländern der Bundesrepublik zur Vereinheitlichung auf dem Gebiet des Schulwesens, das auf das Jahr 1964 zurückgeht.**

**Das Hamburger Abkommen** regelte u.a. Beginn und Ende des Schuljahres, Dauer der Schulpflicht, Lage und Länge der Ferien und Bezeichnung der Notenstufen. Zu den wichtigsten Regelungen gehörten die Festlegung von Schularten (u.a. Grundschule, Gymnasium, Realschule, Hauptschule und Sonderschule) und die gegenseitige Anerkennung von Abschlüssen.

## **Eigentlich 3 Abkommen**

Die jetzt beschlossene **Ländervereinbarung** wird ergänzt durch eine **Verwaltungsvereinbarung zur Einrichtung einer ständigen wissenschaftlichen Kommission der Kultusministerkonferenz** sowie eine Liste *politischer Vorhaben* in verschiedenen Bereichen.

Die Ländervereinbarung besteht aus 44 Artikeln, die z.T. von bisherigen Regelungen abweichen oder neu aufgenommen sind. Im Folgenden wird auf einige geänderte bzw. neue Regelungen eingegangen.

Die Artikel 4 bis 9 behandeln Qualitätssicherung/Standards, curriculare Rahmenvorgaben, Schulleistungsstudien, Bildungsberichterstattung, Bildungsmonitoring, Bildungsstatistik; Gremien und Institutionen, u.a. die **ständige wissenschaftliche Kommission der Kultusministerkonferenz**.

## **Neu: Bildungsziele**

Die Artikel 10 bis 14 beschäftigen sich mit Bildungs- und Erziehungszielen, Integration, Inklusion, lebenslangem Lernen, Lernen in der digitalen Welt. In Artikel 10 werden acht Bildungs- und Erziehungsziele formuliert, zu deren Beachtung sich die Länder verpflichten. Bemerkenswert ist, dass sieben der Ziele Persönlichkeits- und soziale Eigenschaften thematisieren. Nicht verwundert hingegen, dass in Artikel 12 unter Inklusion auch die Beschulung an einer Förderschule (also Exklusion) verstanden wird. Immerhin wird in Artikel 13 das lebenslangem Lernen als Aufgabe des Bildungssystems formuliert und die Alphabetisierung und eine Grundbildung für alle als wichtiger Teil der Erwachsenenbildung beschrieben.

## **Öffnung bei der Leistungsbewertung**

Die Artikel 24 bis 26 regeln Beginn und Ende des Schuljahres, Ferien und die Leistungsbewertung. Nachdem in Artikel 26 die traditionelle sechs-stufige Notenskala festgelegt wird, wird eine Öffnung vereinbart, die 15-Punkte-Skala der gymnasialen Oberstufe auch auf andere Schularten und -stufen zu übertragen und in Abs. (3) heißt es gar „(3) Die Länder können außer bei Abschlusszeugnissen andere Formen der Leistungsbewertung vorsehen.“

Der nächste Abschnitt heißt **Gliederung und Organisation des Schulsystems** (Art. 27 bis 33) und behandelt die Schulstufen und die Schularten, den Ganztags- und Schulversuche. In Art. 29 wird die Sekundarstufe I beschrieben. Die Schularten werden bezogen auf die jeweiligen Abschlüsse beschrieben und (zum ersten Mal) auf die Verwendung der traditionellen Schulartbezeichnungen verzichtet. Auch werden Schularten, die zu mehreren Schulabschlüssen führen, gleichberechtigt neben den im traditionellen Sinne reinen Haupt-, Realschulen und Gymnasien aufgeführt. Zu weitergehenden Regelungen etwa (abschlussbezogenen) Bildungsstandards, gemeinsamen Abschluss-Regelungen, länderübergreifende Bezeichnungen für die Sek I-Schularten verpflichten sich die Länder.



Im Abschnitt **Lehrerbildung** (Artikel 34 bis 38) werden nur wenige konkrete Festlegungen getroffen. Im Wesentlichen werden Absichten über die Ausgestaltung in jeweiliger Landesverantwortung erklärt sowie ein gemeinsamer Rahmen und die gegenseitige Anerkennung der Lehramtsstudiengänge und -prüfungen vereinbart. Bei einigen Themen sind gegenüber den bisherigen Regelungen Weiterentwicklungen bzw. Öffnungen zu erkennen: Bildungsziele, Erziehungsziele, Inklusion – wenn auch mit Einschränkungen, lebenslanges Lernen, Formen der Leistungsbewertung, Verzicht auf die Verwendung der traditionellen Schulartenbezeichnungen. Befremdlich ist allerdings die Reihenfolge der Abschnitte, insbesondere die Qualitätssicherung an den Anfang zu stellen. So entsteht der Eindruck, dass die Zielsetzungen des Schulsystems den Maßnahmen zu Qualitätssicherung untergeordnet sind und nicht die Qualitätssicherung dem Erreichen der Ziele verpflichtet ist. Dieser Eindruck wird dadurch verstärkt, dass sich die Qualitätssicherung (fast) ausschließlich mit den kognitiven Fähigkeiten beschäftigt, die jedoch nur in einem der acht formulierten Ziele zentral ist.

### **Auseinandersetzungen absehbar?!**

Dem Beschluss zu den **politischen Vorhaben** kommt eine besondere Bedeutung zu: Eine Reihe von Regelungen in der Ländervereinbarung sind noch offen gelassen und der weiteren Beschlussfassung zugewiesen. Das betrifft Regelungen u.a. die Sekundarstufen I und II sowie die Lehrerbildung -Themen, die für die Weiterentwicklung der **Schule für alle** nicht unwichtig sind. Für die Sekundarstufe I ist bis 2022 eine grundlegende Überarbeitung der **Vereinbarung über die Schularten und Bildungsgänge** beabsichtigt. Neu geregelt werden sollen u.a. die Strukturierung des Sekundarbereichs I nach Bildungsgängen, die Fachleistungsdifferenzierung in den Schularten mit mehreren Bildungsgängen sowie Anforderungen für den Erwerb von Schulabschlüssen. Es stehen also noch Auseinandersetzungen ins Haus.

Mit den drei Vereinbarungen hat sich der GGG-Bundesvorstand näher beschäftigt und hierzu eine ausführliche Stellungnahme abgegeben und ist in ein Gespräch mit der KMK und den Kultusministerien eingetreten.

## **Empfehlungen: Nicht empfehlenswert!**

### **Qualitätskommission Berlin - der Landesvorstand nimmt Stellung**

#### **Lothar Sack**

**Die Qualitätskommission der Bildungssenatorin hat geliefert. In ihren Empfehlungen steht manches Bedenkenswertes. Als Grundlage für eine Weiterentwicklung der Berliner Schulen hingegen sind sie nicht geeignet.**

#### **Auftrag bzw. Erfüllung des Auftrags**

Im Berliner Schulgesetz heißt es (Auszug aus § 1): "Auftrag der Schule ist es, alle wertvollen Anlagen der Schülerinnen und Schüler zur vollen Entfaltung zu bringen und ihnen ein Höchstmaß an Urteilskraft, gründliches Wissen und Können zu vermitteln."

Ziel muss die Heranbildung von Persönlichkeiten sein, welche fähig sind, der Ideologie des Nationalsozialismus und allen anderen zur Gewaltherrschaft strebenden politischen Lehren entschieden entgegenzutreten sowie das staatliche und gesellschaftliche Leben auf der Grundlage der Demokratie, des Friedens, der Freiheit, der Menschenwürde, der Gleichstellung der Geschlechter und im Einklang mit Natur und Umwelt zu gestalten. (...)"

Ähnliche Zielsetzungen formuliert die KMK in der kürzlich verabschiedeten Ländervereinbarung. Die Empfehlungen fokussieren sich hingegen auf

kognitive Fähigkeiten in Sprache und Mathematik und den jeweiligen Fachunterricht. Andere (persönlichkeitsbildende und soziale) Lern-Bereiche werden nicht oder kaum beachtet und somit auch nicht ihr Beitrag zu den fokussierten Unterrichtsbereichen. Wir kritisieren, dass persönlichkeitsbildende, demokratiestiftende und andere soziale Zielsetzungen von Schule als nicht qualitätsrelevant außer Acht gelassen werden. Das betrifft u.a. auch Güte und Umfang der schulischen Inklusion, die die Qualitätskommission offensichtlich nicht als integrale Aufgabe aller Schulen und auch nicht als Qualitätsbereich von Schule sieht.

### Weitere Kritikpunkte

Ein weiterer Kritikpunkt ist die Arbeitsweise der Kommission, insbesondere die Auswahl von Gesprächspartnern.

Kritikwürdig erscheint uns auch das Ignorieren erfolgreicher Schulen, etwa die Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung der Pilotphase Gemeinschaftsschule. Hier werden vorhandene Anknüpfungspunkte für eine gelingende Schulentwicklung leichtfertig außer Acht gelassen.

Ebenso kritisieren wir die deutlich hervortretende Bevorzugung des Gymnasiums. Diese gipfelt in der Empfehlung, den Gymnasialschülern den mittleren Schulabschluss per Versetzung in die Klasse 11 zu schenken, für die integrierten Schulen jedoch an der Prüfung festzuhalten. Hier werden Lernende desselben Bildungsgangs nach der Zugehörigkeit zu einer Schulform unterschiedlich behandelt und nicht nach ihrem individuell erreichten Lernstand.

Laut Kommissionsauftrag sollen durch die Empfehlungen "Disparitäten im Bildungssystem reduziert werden". Wie dies, ohne die milieuspezifische Sortierung der Schülerschaft in den Schulformen zu hinterfragen, nur durch die Betonung kognitiver Anforderungen erreicht werden soll, bleibt das Geheimnis der Kommission.

### Unser Fazit

"Eine Reihe von Empfehlungen der Qualitätskommission sind durchaus zielführend. Insgesamt halten wir die Empfehlungen aber nicht für geeignet, die wesentlichen Probleme der Berliner Schule zu beseitigen.

- Wir kritisieren, dass die Kommission einen auf wenige kognitive Fähigkeiten eingeschränkten Begriff von Schulqualität benutzt und nicht problematisiert.
- Wir kritisieren, dass die Kommission als Indikator für die Qualität von Schule nur den jeweils aktuell erreichten Lernstand, nicht hingegen den Lernzuwachs betrachtet.
- Wir kritisieren den Vorschlag, dass die Prüfungen zum MSA an Gymnasien abgeschafft werden sollen, weil dies eine Ungleichbehandlung der Lernenden an integrierenden Schulen und Gymnasien bedeutet.
- Wir sehen nicht, dass eine Verstärkung von an Standards orientierten Prüfungen und Tests ein Lernklima schafft, das jedem Schüler, jeder Schülerin individuelle Lernzugänge ermöglicht.
- Wir sehen nicht, wie das Problem der Ballung problematischer Milieus in einzelnen Schulen durch die Empfehlungen beseitigt werden soll. Hierfür muss die Strukturfrage des gegliederten Schulsystems gestellt werden.
- Wir bemängeln, dass die Kommission eine das Gymnasium bevorzugende Position einnimmt und gleichzeitig die erfolgreiche und beispielgebende Praxis vieler integrierter Schulen und damit Anknüpfungspunkte für eine Qualitätssteigerung ignoriert.
- Wir sehen nicht, wie durch die Empfehlungen eine wirklich inklusive Schule realisiert werden kann. Die Beibehaltung exklusiver Schulen und Schularten steht hierzu in einem eklatanten Widerspruch."

Die Empfehlungen (ca. 100 Seiten) und die vollständige Stellungnahme finden Sie auf der GGG-Website.



## Demokratische Schule



Dr. Wolfgang Beuthel



Helke Felgenträger



Hans Brügelmann



Anne Volkmann  
Redaktion



Kurt Edler

### Wolfgang Beutel

Dr. phil., Institut für Didaktik der Demokratie der Leibniz-Universität Hannover. In leitenden Positionen bei: „Monitor Demokratiebildung“, „Deutscher Schulpreis“ „Entwicklungsprogramm für gute Schulen“, „Demokratisch Handeln“ und im „Bundeswettbewerb für Politische Bildung“.

### Helke Felgenträger

Lehrerin an der Jenaplan-Schule in Jena seit 1998, Mitglied im Programmteam der Deutschen Schulakademie – Themenleitung für das Thema „Demokratie lernen und leben“.

### Hans Brügelmann

Prof. für Grundschuldidaktik bis 2012 Universitäten Bremen und Siegen. Mitarbeit im „Grundschulverband“, bei „Blick über den Zaun“. Zentrale Themen: Unterrichts- und Schulentwicklung, Bildungsgerechtigkeit, Demokratisierung von Schule und Unterricht. Autor mehrerer Bücher.

### Kurt Edler

Zunächst Lehrer in Hamburg, Autor und Referent, GAL-Mitgründer, Bürgerschaftsabgeordneter, Mitarbeit im Hamburger Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung, Vorsitz bei der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik, Länderkoordinator bei „Education for Democratic Citizenship and Human Rights“ (Council of Europe).

# Schule in der Demokratie – demokratische Schule?

**Wolfgang Beutel  
Anne Volkmann**

**Debattieren, Feedbackkultur, lernförderliche Leistungsbeurteilung, Klassenrat, Schüler\*innenparlament, Schüler\*innenstreitschlichtung und systematische Mediation, Schülerpresse und Medienarbeit, Wahlen, Partizipation, die gute alte SV oder Schülermitverantwortung und andere Stichworte mehr findet man schnell, wenn man heute nach der „Demokratischen Schule“ fragt. Aber reicht das aus? Lösen diese Begriffe das Problem? Und wo genau liegt die Herausforderung, welche die Schule mit der Demokratie hat?**

## **Schule und Demokratie - ein ambivalentes Verhältnis**

Es ist offensichtlich, dass die Schule und die Demokratie in einem andauernden Spannungsverhältnis zueinanderstehen. Demokratie in der Schule, das geht – zugespitzt gesagt – eigentlich gar nicht. Denn Schule ist, mit einem Wort des Erziehungswissenschaftlers Klaus-Jürgen Tillmann, dann, „... wenn Erwachsene die Anweisungen geben und Heranwachsende sich danach richten müssen“. Es wird jedenfalls schnell deutlich, dass es hier um etwas Kompliziertes geht, für das wir auch gegenwärtig und mit den liberalen Umgangsformen der Moderne keine einfache Lösung parat haben.

Eine andere Position zu dieser Frage lautet wie folgt: Schule ist – so formulieren das die Stimmen aus der Verwaltung gerne – heutzutage grundsätzlich demokratisch! Denn sie ist seit der Reformzeit der 1960er-Jahre und nachfolgend ein rechtlich ausgestalteter Raum. Sie beruht auf differenzierten Landesschulgesetzen, die zusammen mit darauf basierenden Verwaltungsvorgaben auch die Rechte der Beteiligten, von Schülerschaft und Elternschaft eindeutig regeln. Diese Schulgesetze wurden in den Landesparlamenten diskutiert und beschlossen, atmen den Geist der verfassten Demokratie. Aber reicht dieser Atem wirklich aus? Offensichtlich nicht!

Das ist auch der Kultusministerkonferenz bekannt, die erstmals 2009 und in einer erweiterten Fassung erneut im Herbst 2018 eine Empfehlung zur „Demokratie als Ziel, Gegenstand und Praxis historisch-politischer Bildung und Erziehung in der Schule“ verabschiedet hat. Die Aufgabe der Gestaltung einer demokratischen Schule, soviel wird dabei deutlich, ist auch politisch gewollt. Die KMK setzt jedoch vor allem darauf, dass sowohl die Schulen und damit die dort handelnden Lehrer\*innen als auch vorhandene Kräfte, Initiativen und Bewegungen aus der Zivilgesellschaft dazu beitragen, die Schule als eine demokratische Lernwelt zu gestalten. Sie empfiehlt, die inzwischen etablierten Formen und Methoden demokratischen Lernens zu nutzen wie Peer-to-Peer-Learning, Service-Learning, kommunale Lern- und Bildungsangebote, Demokratietage und Partnerschaften mit außerschulischen Akteuren sowie die Beteiligung an Programmen und Projekten wie dem Wettbewerb Demokratisch Handeln, dem Netz der UNESCO-Schulen, Jugend debattiert oder SOR/SMC und anderen. Zusätzliche Ausstattungsmittel durch Geld oder Lehrer\*innenstunden sind eher nicht zu erwarten. Und die Initiative muss in den Schulen selbst entstehen, ihren Ort sowie hinreichend hierfür engagierte Menschen finden. Insofern unterstützt die KMK die bereits seit den 2000er-Jahren laufende Entwicklung der Selbst-Professionalisierung von Schulen in diesem Bereich.

*Schule ist – so formulieren das die Stimmen aus der Verwaltung gerne – heutzutage grundsätzlich demokratisch!*

## **Schule als demokratische Erfahrung?**

Jeder von uns hat eine eigene Schulbiografie. Wir alle wissen – und auch die wissenschaftliche Pädagogik gibt dazu genügend Belege –, dass der demokratisch legitimierte Grund der Institution Schule noch lange keine vorbereitete Umgebung für das Erlernen von Demokratie im Einzelfall vor Ort erzeugt. Und das deutsche Bildungswesen hat rund 32.000 solcher Einzelfälle – rund die Hälfte davon sind Grundschulen. Die ande-





re Hälfte bildet das Sekundarschulwesen. Wie stark dort jeweils die „demokratische Qualität“ ausgeprägt ist und in welchen der schulischen Schwerpunkte diese Qualität zu finden ist, das ist sehr unterschiedlich. Es hängt wesentlich von der einzelnen Schule selbst ab. Keinesfalls sind die Erfahrung von Anerkennung, Teilhabe und Demokratie und damit die basalen Grundbestände für die Förderung demokratischen Lernens und demokratischer Handlungskompetenz auf dem formalen Wege parlamentarisch legitimer Schule garantiert. Die Schule als eine auch für das Lernen von Demokratie und Teilhabe gehaltvolle Umgebung und Lebenswelt zu gestalten, das ist eine Aufgabe mit professionellem Anspruch und nicht die Folge einer politischen Ansicht oder Meinung. Durch guten Willen oder erprobte Routinen des Lehrer\*innenhandelns alleine ist dies nicht zu leisten.

Ein anderes kommt hinzu: Die Schule erreicht alle Menschen in unserer Gesellschaft, in den ersten vier Jahren auch als „Gesamtschule“ ohne äußere Leistungsdifferenzierung. Und wir wissen, dass Demokratie keine natürliche Gabe des Menschen ist, sondern gelernt und erfahren werden muss. Überdies formulieren alle 16 Landesgesetze in ihren Präambeln und Eingangsbestimmungen die Aufgabe der Erziehung zur „Mitbürgerlichkeit“ und verantwortlichen Mitwirkung in der Demokratie und der offenen Gesellschaft – in sprachlich unterschiedlicher Form zwar, aber prinzipiell übereinstimmend – als eine Aufgabe und Zielbestimmung von Schule. Dabei wird diese an alle Lehrkräfte delegiert und nicht alleine den Fächern des sozialwissenschaftlichen Bereichs oder der politischen Bildung im fachlich engeren Sinne zugewiesen, wie dies oftmals in den Schulen selbst gesehen wird.

### **Schule ist und bleibt politisch - weshalb also nicht auch demokratisch?**

Die deutsche Schule ist und bleibt ein Politikum. Es ist dem Staat nicht gleich, wie das Lernen in der Schule organisiert ist. Bildungspolitik ist zwar, fragt man engagierte Politiker\*innen und Parteimitglieder der großen demokratischen Parteien, ein wenig dankbares Thema für Wahlprogramme und Wahlkämpfe. Sie ist gleichwohl eines der wesentlichen Kennzeichen staatlicher Gewalt und hoheitlicher Exekutive gerade für die Landespolitik. Bisweilen gewinnt man den Eindruck, die Staatsqualität der Länder in unserer födera-

len Republik entfaltet sich vor allem in der Politik der Landeskultusministerien.

Das gilt nicht nur aufgrund der schieren Größe des Gesamtsystems „Bildung“. Das hat seinen Grund auch in der Bedeutung der modernen Schule für die industrielle und postindustrielle Gesellschaft. Zentral hierbei ist das die Schule prägende Berechtigungswesen, das Zeugnisse, Zensuren und das dahinter liegende System der Leistungsbeurteilung an Ansprüche auf staatliche Ausbildung insbesondere durch ein Hochschulstudium bindet. Dabei werden im gegliederten Schulsystem die damit verknüpften Laufbahn- und Lebenschancen bereits früh wirksam – spätestens mit dem Übergang von den Primarschulen in die weiterführenden Schulen wird das Berechtigungswesen sichtbar. Es ist zugleich auch die Struktur und der Schlüssel zu der das deutsche Bildungswesen besonders prägenden Herausforderung der sozialen Ungleichheit und der mangelhaften Chancengerechtigkeit.

Es ist keine Frage politischer Entscheidungen im Einzelfall, wer die Chance erhält, ein Hochschulstudium zu absolvieren und wer nicht. Das entscheidet sich letztlich in der Schule und zuvor schon im gesamten sozialen Umfeld, das die Bedingungen der Kinder und Jugendlichen für das Lernen in der Schule grundlegend mitbestimmt, sich staatlicher Regulierung allerdings entzieht. Gleichwohl kann keine sozial orientierte demokratische Gesellschaft an der Frage der Chancenungerechtigkeit unberührt vorbeigehen. Das „gegliederte“ Schulsystem unseres Landes ist nachweislich der regelmäßigen empirischen Studien im internationalen Vergleich – von der OECD-Erhebung „Bildung auf einen Blick“ bis zu PISA – bis heute nicht in der Lage, die bildungsbegrenzenden Bedingungen sozialer Herkunft auszugleichen. Chancengerechtigkeit aber ist in der modernen Demokratie eine Grundbedingung für einen stabilen gesellschaftlichen Zusammenhalt. Das muss immer wieder betont werden, zumal gerade die Integrierte Gesamtschule bereits in den 1960er-Jahren als „demokratische Leistungsschule“, also als Institution, die die Fähigkeiten und Fertigkeiten aller Kinder und Jugendlichen unbesehen von deren Herkunft und sozialem Kapital zur Entfaltung bringen sollte, konzipiert und möglicherweise auch idealisiert worden war. Die Gesamtschule hat sich nicht flächendeckend durchsetzen lassen,



ob sie dieser Aufgabe umfassend gerecht werden könnte, lässt sich deshalb gar nicht eindeutig sagen. Die Hoffnung allerdings, dass sie dieser demokratiepolitischen Herausforderung gerecht werden kann als das vorhandene mehrgliedrige System, ist hinreichend begründbar.

### **Demokratiepädagogik heißt: Schule demokratisch kultivieren**

Um in der Schule Demokratie lernen zu können, muss diese demokratisch kultiviert werden. In ihrer institutionellen Natur liegt ein anderer Kern als der von Freiheit, Gleichheit, Selbstständigkeit und Mitbestimmung aller an allem – um hier mit einer ungefähren Bestimmung von Demokratie zu argumentieren. Das hat zum einen mit der Geschichte der Schule zu tun, zum anderen mit ihrer Aufgabe im Institutionengefüge in den modernen Demokratien der westlichen Gesellschaften.

Nochmals sei betont, dass die Schule von sich aus nicht demokratisch ist. Der Pädagogik in Wissenschaft und Praxis ist zwar einiges aus der Welt der Schule bekannt, was demokratisches Lernen fördern und ermöglichen kann. Die Schulforschung zeigt aber auch, dass man in der Schule potenziell vieles erfahren und lernen kann, was kaum zur demokratischen Bildung beiträgt – ganz im Gegenteil: Repression, Ausgrenzung, unkontrollierte und asymmetrische Macht, Mobbing, intransparente und ungerechte Leistungsbeurteilung, Gewalt und soziale Vereinsamung sind nur wenige Stichworte des Arsenal nicht nur einer "schwarzen Pädagogik", sondern vielfältiger institutionell und sozial bedingter Nebeneffekte, die Schule, so sie den Anspruch der Demokratie als Lern- und Erfahrungsziel erhebt, reduzieren, überwinden oder gar vermeiden muss. Es kommt hinzu, dass der Schulbesuch in Deutschland nicht auf eigenem Entschluss der Lernenden beruht, sondern auf einer gesetzlichen Pflicht, die tief und zeitungsfreich in das Leben von Kindern, Jugendlichen und letztlich auch Eltern eingreift. Andererseits ist die Schule ein hochgradig rationalisierender Ort organisierten Lernens, idealiter recht effizient und zudem für die Reproduktion der Gesellschaften in der Moderne unumgänglich. Sie beeinflusst dabei die Verteilung von Einkommen sowie Mobilität und sie reguliert zwangsläufig Lebenschancen. Wie aber kann es dann aussehen, Demokratie in der hierfür eher ungeeigneten Institution als Lernmöglichkeit und Erfahrungswelt zu etablieren?

### **Mittel und Wege zur demokratischen Schule**

Eingangs wurde eine Reihe inzwischen bewährter Handlungsformen, Instrumente und Methoden angesprochen, die die demokratische Kultur der Schule als Lernumgebung und Lebenswelt fördern können. Zweifelsohne ist das praktische Engagement, das sich mit Lernen etwa in einer gelingenden Projektdidaktik entfalten lässt, im Handeln von Schüler\*innengruppen ein Weg dazu, demokratische und politisch gehaltvolle Erfahrungen mit dem eigenen Lernen zu verbinden: Das kann die Ökologie-AG sein, die im Stadtrat sich zu Bebauungsplänen äußert. Das kann der Flashmob einer Integrationsgruppe sein, die sich um Geflüchtete vor Ort und deren Anerkennung kümmert. Zahlreiche gute Praxisbeispiele liegen vor und sind hinreichend dokumentiert. Aber Projekte sind nicht alles. Andere Elemente - vom Klassenrat bis zum Schüler\*innen-Feedback – müssen hinzutreten.

*Schule ist nicht von sich aus demokratisch, sie muss demokratisch kultiviert werden.*

Es gibt inzwischen viele Schulen, die hierbei herausragende Erfolge erzielen und dokumentieren, wie das der Wettbewerb Demokratisch Handeln und auch der Deutsche Schulpreis eindrucksvoll belegen. Jedoch bewegen sich in den inzwischen etablierten Netzwerken solcher Wettbewerbe, Qualitätsverbände oder Qualifizierungsstrategien, wie sie etwa der Verbundwettbewerb „Jugend debattiert“ etabliert hat, zwar zahlreiche Schulen. Aber es ist eben nicht die große Masse und dieses Engagement entspringt schulindividuellen Impulsen und Entwicklungen. Zugleich ist das Schulwesen sehr groß und benötigt auch in dessen Fläche hinein Impulse, um eine zeitstabile Qualitätsveränderung zur demokratischen Schulentwicklung im Ganzen zu erreichen. Hierfür muss sowohl die Professionalisierung als auch die Forschung zur Demokratie in Schule und auch in der non-formalen Bildung intensiviert, man muss besser sagen: erst einmal etabliert werden.

### **Schule und Staat müssen zusammenwirken**

Bislang entwickelt sich – so die Summa dieser Betrachtung – die aktuelle demokratische Schule aus den Schulen heraus selbst. Sie ist dabei hochgradig individuell und wird von freien Initia-

tiven, Vereinen, der Stiftungswelt unterstützt – sie entspringt im Wesentlichen einem bürgerschaftlichen Impuls. Alle Projekte und Projektnetzwerke sowie die darin beteiligten Schulen benötigen – soll daraus ein wirksamer Schulentwicklungs- und Reformimpuls werden – mittelfristig größere und verlässliche Formen der Unterstützung, als dies bislang der Fall ist.

Dies gilt insbesondere dann, wenn Demokratie lernen und demokratische Schulentwicklung im Bildungswesen in die Breite wirken sollen. Das wiederum ist, folgt man alleine der eingangs genannten KMK-Empfehlung, durchaus erwünscht – und es ergibt sich zudem aus den Grundprinzi-

pien der liberalen Demokratie und einer aufgeklärten, vitalen Bürgergesellschaft, die zu einer solchen Demokratie gehört: Die Verbindung von Lernen und Handeln – also eine durch Engagement und Erfahrung aufgeklärte Bildung kann perspektivisch zum Korridor demokratischer Schulentwicklung werden, aber nur, wenn der Staat auf allen drei Ebenen von Bund, Ländern und Gemeinden unterstützend, verlässlich und zeitstabil Förderung ermöglicht und mitwirkt – denn auch hier gilt: Bildung und Schule ist aus guten Gründen in der Demokratie eine Staatsaufgabe, bei der die Bürgergesellschaft sich allerdings engagiert beteiligen sollte.

#### Zur weiteren Information:

- Vielfältige Hinweise zur demokratischen Schule und Schulentwicklung gibt die Webseite der „Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik e. V.“- [www.degede.de](http://www.degede.de)
- Seit 2021 erscheint das „Jahrbuch Demokratiepädagogik“ mit Praxisberichten, wissenschaftlichen Impulsen und fachlichen Diskussionen im Wochenschau-Verlag. Zuletzt 2020 mit dem Band 7: Berkessel, Hans et al.: „Demokratie als Gesellschaftsform“, Wochenschau-Verlag, Frankfurt/M.
- Ein „Handbuch Schülerwettbewerbe zur Demokratiebildung“ (Hrsg.: Beutel, Wolfgang/ Tetzlaff, Sven, 2018 ebenfalls im Wochenschau-Verlag) informiert über sieben einschlägige Angebote von „Jugend debattiert“ ([www.jugend-debattiert.de](http://www.jugend-debattiert.de)) bis zu „Demokratisch Handeln“ ([www.demokratisch-handeln.de](http://www.demokratisch-handeln.de))
- Im Wochenschau-Verlag erscheint im Laufe des Jahres 2021 ein „Handbuch Demokratiepädagogik“ (Hrsg.: Beutel, Wolfgang et al.)
- Aufgegriffen hat das Thema zudem die „Deutsche Schulakademie“ mit Projekten wie einer Werkstatt, einem Forum und einer Positionsbestimmung zum Thema „Demokratie leben und lernen“ ([www.deutsche-schulakademie.de/aktuelles/neue-positionierung-demokratie-lernen-und-leben](http://www.deutsche-schulakademie.de/aktuelles/neue-positionierung-demokratie-lernen-und-leben))
- Infos und Fortbildung zum Service-Learning gibt die Stiftung „Lernen durch Engagement“ ([www.servicelearning.de](http://www.servicelearning.de))
- „Demokratie als Ziel, Gegenstand und Praxis historisch-politischer Bildung und Erziehung in der Schule (Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 06.03.2009 i. d. F. vom 11.10.2018): [https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/PresseUndAktuelles/2018/Beschluss\\_Demokratieerziehung.pdf](https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/PresseUndAktuelles/2018/Beschluss_Demokratieerziehung.pdf)

# Demokratische Schule – Schule in der Demokratie –

## Wie kann es gelingen, Schulen zu demokratischen Orten zu entwickeln?

### Helke Felgenträger

**Die Schule ist der Ort, an dem Kinder einen hohen Anteil ihrer Zeit verbringen. Sie ist der Lebensraum, in dem sie lernen, sich in der Gemeinschaft zu erproben. Deshalb ist es wichtig, bereits im Grundschulalter demokratische Werte zu vermitteln, auf denen die Schüler\*innen ihr Wertegerüst aufbauen.**

Dazu ist es notwendig, dass einerseits demokratische Wertebildung und demokratisches Handeln im Schulalltag erlern- und lebbar gemacht werden, andererseits müssen Kindern lernen, für diese Rechte auch einzutreten.

Auch wenn die Schule in der Bundesrepublik, juristisch gesehen, demokratisch legitimiert ist, als Institution ist sie nicht demokratisch. Um nur zwei Punkte als Beweis anzuführen: Neben der bestehenden Schulpflicht gibt es ein nach Leistung gegliedertes Schulsystem bzw. eine nach Leistung gegliederte Schule. Äußere Gliederung und Auslese durch selektive Maßnahmen wie Übertrittsempfehlungen oder die Notengebung allgemein verwehren eine Chancengerechtigkeit.

### Demokratische Schulkultur

Wenn Schule den Anspruch hat, wirklich ein Lernort der Demokratie zu sein, dann muss sie den Widerspruch der Bildungsungerechtigkeit aktiv angehen, indem sie eine demokratische Schulkultur entwickelt. Dabei meint die Entwicklung einer demokratischen Schulkultur nicht nur die am meisten bekannte, formale/repräsentative Form innerschulischer Partizipation auf Klassen- oder Schulebene, die in den Schulgesetzen der Länder fest verankert ist und sich in der Schule in Form von Klassensprechern, Schülervertretung und Schüler\*innen als Mitglieder der Schulkonferenz etabliert hat. Zwei weitere Formen sind darüber hinaus unerlässlich, damit sich Schule zu einem demokratischen Ort entfalten kann: Zum einen zählen dazu die offenen/ba-

sisdemokratischen Formen wie Versammlungen, Foren, Runde Tische, Konferenzen und Klassenräte. Die sich in diesen Handlungsfeldern engagierenden Schüler\*innen bedürfen keiner Legitimation durch eine vorangegangene Wahl. Zum anderen gehören die projektorientierten Formen dazu. Hier finden sich Schüler\*innen in einer Arbeitsgruppe zusammen, um an einem gemeinsamen thematischen Schwerpunkt zeitlich begrenzt und ergebnisorientiert zu arbeiten, z. B. in einer Zukunftswerkstatt. Um eine hohe Anzahl engagierter Schüler\*innen zu erreichen, ist eine Verzahnung der drei Formen sowie die Bearbeitung von Themen aus der Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen anzustreben.

### Innerschulische Partizipation

Innerschulische Partizipation setzt Freiwilligkeit und gemeinschaftliches Tun, Übernehmen und Abgeben von Verantwortung sowie das Einbinden der Vorstellungen und Ideen der Schülerschaft voraus. Einflussmöglichkeiten von Schüler\*innen auf demokratische Gestaltungsprozesse der Schule durch ein Höchstmaß an Mitsprache, Mitbestimmung, Mitentscheidung und Mitwirkung sind einbegriffen. Ziel ist, den Schüler\*innen Erfahrungs- und Handlungsfelder ihrer Lebenswelt zu bereiten, die es ihnen ermöglichen, demokratische Handlungskompetenzen und Wertehaltungen zu entwickeln, um eine demokratische Schul- und Lernkultur aktiv mitzugestalten.

*Partizipation ist Teilhabe und Entscheidungsmacht*

Partizipation wird demnach nicht nur als Teilnahme, sondern auch als Teilhabe und Entscheidungsmacht verstanden. Hierbei geht es nicht allein um Entscheidungsprozesse, wie z. B. die Wahlen der Schulgremien, sondern auch um Gestaltungsprozesse wie den Lernort Schule als Lebensraum und die Unterrichtsgestaltung - Inhalte und Bewertung inbegriffen. Das



schließt gleichzeitig den Abbau hierarchischer Strukturen, die Annahme eines neuen Rollenverständnisses seitens der Lehrenden und die Verteilung von Verantwortung ein. Zu Letzterem gehört auf der einen Seite die Bereitschaft, Verantwortung abzugeben, auf der anderen Seite, Verantwortung zu übernehmen. Nur durch den Mut zur Veränderung eingefahrener Strukturen, das Vertrauen in die Verantwortungsübernahme durch Schüler\*innen und das Zutrauen von Problemlösekompetenz und Entscheidungsfähigkeit kann es gelingen, von einem niedrigen Grad der

**Demokratie:**  
- Herrschaftsform  
- Lebensform  
- Gesellschaftsform

Partizipation, in dem Fremdbestimmung oder eine sogenannte Schein-Teilhabe durch Zuweisung oder bloße Information herrscht, zu einem hohen Grad an Partizipation, der sich stufenartig über die Mitwirkung und Mitbestimmung bis hin zur Selbstbestimmung entwickelt und sich schließlich als Selbstverwaltung auszeichnet, gelangen.

Dieses Verständnis von innerschulischer Partizipation gründet sich auf dem modernen Konzept der Demokratiepädagogik, welches ein ganzheitliches Bildungsverständnis vertritt, das von einem breiten Demokratieverständnis ausgeht. Demokratie wird – im Gegensatz zu den klassischen Konzepten - nicht mehr nur als Herrschaftsform, sondern auch als Lebensform und Gesellschaftsform gesehen.

Als Lebensform heißt das, dass es zur Anwendung demokratischer Prinzipien im Lebensalltag kommt und Werte wie Solidarität, Fairness, Selbstreflexion, Gerechtigkeit, Anerkennung, Entfaltung, Vielfalt, Würde und Gleichberechtigung gewährleistet sind.

Als Gesellschaftsform schließt das die Anwendung demokratischer Prinzipien auf gesellschaftliche Fragen des Zusammenlebens, gewährleistet über Werte wie Bürgerbeteiligung, Antidiskriminierungsgesetz, Inklusion usw., ein.

Jede der drei Formen hat ihre eigene schulische Relevanz. Jedoch wird man den Anforderungen des Demokratie-Lernens erst in ihrer Verknüpfung gerecht und unter Berücksichtigung der ihnen eigenen Dynamiken und Besonderheiten. So differenziert wie die Entwicklungsphasen und Erfahrungshorizonte der Kinder und Jugendlichen sind, so verschieden sind die fachlichen Anforderungen der drei Demokratiebegriffe.

### Entwicklung von Handlungskompetenz

Es ist offensichtlich, dass die klassische politische Bildung im Sinne einer Wissens- und Wertevermittlung durch z. B. Literaturstudium im Fachunterricht notwendig, aber nicht hinreichend ist, sondern Demokratiebildung auf die Entwicklung der Handlungskompetenz zielen muss. Das schließt kompetenzorientierte Methoden wie Redewettbewerbe, Diskussionsrunden-Regeln, Mentoring-Programme, Civic Education oder Character Education Programme sowie partizipative Methoden wie Praktika, Dienst an der Gemeinschaft (service learning), Räte (Familien-, Klassen-, Nachbarschaftsrat), Kinder- und Jugendparlament sowie Foren ein.

Erleben Schüler\*innen Schule als glaubwürdigen und nachahmenswerten Entwurf des Zusammenlebens selbstwirksam, wird es ihnen möglich sein, nach Schulaustritt ihre erworbenen Erfahrungen und Kompetenzen zur Sicherung unserer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft mit seinen komplexen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts - Globalisierung, Klimakrise, Digitalisierung, Corona-Pandemie - erfolgreich anwenden zu können.

# Bildungsgerechtigkeit und demokratische Schule

## Ein Schreibgespräch

**Hans Brügelmann**

**Anne Volkmann**

**Der Pädagoge und Bildungsforscher Hans Brügelmann im Gespräch mit Anne Volkmann über die Schule als Medium gesellschaftlicher Interventionen (Bildungsgerechtigkeit) und die Schule als Medium demokratischer Teilhabe und**

**A.V.:** *Die soziale Spaltung unserer Gesellschaft nimmt zu. Trotz Abschaffung der Hauptschule oder der Weiterentwicklung zum Zweisäulenmodell bleibt die Chancengleichheit eine Wunschvorstellung. Was läuft falsch?*

**H.B.:** Es gibt immer noch zu viele Jugendliche, die die Schule ohne Abschluss verlassen. Auf dem Bildungsgipfel 2009 hatten Bund und Länder versprochen, die Quote von 8 % bis 2019 zu halbieren – aber 2019 waren es immer noch knapp 7 %. Und viele andere erleben sich in der Schule eher als nicht willkommen, sie erhalten keine Hilfe bei Schwierigkeiten oder müssen damit leben, dass das, was sie Besonderes können und wissen, keine Rolle spielt. So werden Potenziale verschenkt, und zwar vor allem von jungen Menschen aus sozial benachteiligten Verhältnissen. Seit den 1960er-Jahren, bis PISA 2018 ist dieser Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Schulerfolg leider immer wieder bestätigt worden. So hatten in Hamburg 2019 etwa 10 % der Schüler:innen aus

Familien mit geringem Sozialstatus keinen Schulabschluss, während es in den oberen Schichten weniger als 2 % waren und in der Mittelschicht nur etwas über 5%. Umgekehrt fallen die Proportionen bei den Abiturquoten aus. Diese Probleme bekommt man nicht in den Griff, indem man sein Bemühen – wie die KMK – auf eine bessere Vergleichbarkeit der Abschlüsse konzentriert. Damit würde man das Pferd am Schwanz aufzuzäumen versuchen. Das zentrale Problem sind vielmehr die ungleichen Lernbedingungen. Unser zentrales Problem ist nicht die Vergleichbarkeit der Schulabschlüsse, sondern die Unterschiedlichkeit der Lernbedingungen.

Diese Ungerechtigkeiten kann man aber nicht allein KITA und Schule anlasten – und man überfordert sie auch mit dem Anspruch, sie aus der Welt zu schaffen. Damit Kinder von Bildungsangeboten in KITA und Schule profitieren können, müssen ihre Lebensbedingungen insgesamt verbessert werden. Dafür brauchen wir konzertierte Aktionen von Familien- und Sozialpolitik, von Stadtentwicklung und Wohnungsbau, von Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik, das heißt Maßnahmen, die die Kinderrechte ernst nehmen, wie sie seit 1989 in einer UN-Konvention stehen, die auch Deutschland unterschrieben hat.

**A.V.:** *Genügt unser selektives Schulsystem den normativen Grundlagen einer demokratischen Gesellschaft? Welche sind das überhaupt?*

**H.B.:** Respekt für die Würde jedes einzelnen und gleiche Lebenschancen unabhängig von den Zufällen der Geburt gehören zu den Eckpfeilern unseres Demokratieverständnisses. Aber unser Bildungssystem ist ein Spiegel der Gesellschaft. Das fängt mit dem Auseinanderdriften der Stadtteile an. So entmischen sich KITAs und Schulen, was die Biografien, Milieus und Lebensperspektiven betrifft. Damit werden die Lerngruppen sozial homogen, und es fehlen jeweils die Anregungen durch Kinder aus anderen Lebenswelten, aber auch die Herausforderung, mit „den anderen“ zu leben lernen. Es gibt eben massive Unterschiede in dem, was Eltern ihren Kindern an Bildungserfahrungen ermöglichen bzw. bieten können: angefangen beim Vorlesen im Kleinkindalter und reicht bis zu Computerkursen, Museumsbesuchen, Klavierstunden – und notfalls Nachhilfe. Statt „für alle dasselbe“ brauchen wir eine Art „positiver Diskrimination“:

*Bessere Vergleichbarkeit der Abschlüsse beseitigt nicht sozial bedingte Unterschiede der Lernbedingungen*

Öffentliche Ressourcen müssen vor allem dahin gegeben wer-





den, wo Kinder ohne ihr Verschulden benachteiligt sind. Das ist nicht nur Anspruch unseres Grundgesetzes, sondern auch im Interesse der ökonomisch Privilegierten: Denn ohne echte Berufs- und Lebenschancen für alle droht unsere Gesellschaft irgendwann auseinanderzufliegen.

**A.V.:** *Sie waren von 1971 bis 1973 Assistent beim Deutschen Bildungsrat. Er hat damals wichtige Schulformen in Gang gesetzt. In den letzten 10 -15 Jahren gibt es eine bildungspolitische Rückwärtsbewegung. Sorgen die von der KMK formulierten Bildungsstandards, die keine Mindeststandards, sondern Regelstandards sind, für eine Verkrustung und Einengung der Bildungsangebote an die Schülerinnen und Schüler?*

**H.B.:** Nicht die Regelstandards selbst, sondern ihre Bindung an gleiche Termine für alle ist das Problem. Wir beobachten bei Schulanfänger:innen Kompetenzunterschiede von rund drei Jahren in allen Bereichen: in den sprachlichen und mathematischen Vorerfahrungen, in Motorik und im Sozialverhalten. Man darf die Standards nicht als Hürden setzen, an denen diejenigen mit schlechten Voraussetzungen vorhersehbar straucheln werden. Man müsste sie als Entwicklungsaufgaben begreifen, die je nach Voraussetzung in unterschiedlichem Tempo und mit unterschiedlich viel Unterstützung anzugehen sind. Wie beim Kfz-Führerschein: klare Kompetenzanforderungen, aber Offenheit für unterschiedliche Wege dorthin – auch was den zulässigen Zeitaufwand betrifft. Und das andere Problem ist die von Ihnen angesprochene Einengung des Blicks auf die

sogenannten Hauptfächer. Wir erleben das ja gerade in der Corona-Debatte wieder: Was geprüft werden kann, hat Vorrang. Hauptsache, der „Stoff“ wird durchgenommen. Testleistungen zählen, nicht Bildungserfahrungen. Zu denen würde ja auch gehören, mit den Kindern und Jugendlichen über ihre Erfahrungen mit dem Lockdown zu reden.

**A.V.:** *Der Virus deckt Konstruktionsfehler des Bildungssystems auf. Könnte die Pandemie langfristig dazu beitragen, Schule von innen heraus zu verändern und für mehr Bildungsgerechtigkeit zu sorgen?*

**H.B.:** Das wünsche ich mir sehr. Ich hoffe, dass die Schule an den neuen Herausforderungen wächst. Aktuell erlebe ich aber eher eine Überforderung durch den nur schwer zu organisierenden Alltag und ich fürchte, dass viele allein in der Digitalisierung des traditionellen Unterrichts die Zukunft sehen. Stattdessen sollte man auf die Schulen schauen, die schon bisher auf mehr Mitbestimmung und Eigenverantwortung der Kinder bzw. Jugendlichen beim Lernen gesetzt haben. Diese Schüler:innen haben gelernt sich selbst Ziele zu setzen, ihre Arbeit selbstständig zu organisieren und über die Ergebnisse Rechenschaft abzugeben. Damit sind sie stärker im fachlichen Lernen, konnten sich aber auch als Persönlichkeit weiter entwickeln als andere. Und das hilft ihnen gerade in Zeiten des Distanzunterrichts besonders.

**A.V.:** *Demokraten fallen nicht einfach vom Himmel. Populisten sind im Vormarsch. Bildung und Demokratie sind aufs Engste miteinander verschränkt. Im Potsdamer*

*Abkommen von 1945 verständigten sich die Alliierten, mit Blick auf das Bildungssystem, darauf, dass eine erfolgreiche Entwicklung der demokratischen Idee fest im Volk verankert werden muss. Sie gingen davon aus, dass für die Verankerung der Demokratie in Deutschland längeres gemeinsames Lernen erstrebenswert sei. Ist unser derzeitiges Bildungssystem darauf ausgelegt? Welche Auswirkungen hat das auf die Demokratie in Deutschland bis heute.*

**H.B.:** Unsere Schule ist auf Wettbewerb unter ungleichen Bedingungen ausgelegt und demütigt durch das Bewertungs- und Selektionssystem die Schwächeren: Je schlechter die Leistungen der anderen, desto eher bekomme ich gute Noten. Das ist Vorbereitung auf den Raubtierkapitalismus, nicht auf eine solidarisch funktionierende Demokratie. Politisch wirksame Haltungen werden schon in der Kindheit und Jugend angelegt. Und das fachliche Lernen befördert dieser Konkurrenzkampf auch nicht. Neues lernen kann man nur, wenn man etwas riskiert, und dazu gehört auch, Fehler machen zu dürfen. Und man muss die Möglichkeit, aber auch den Mut haben, sich Hilfe zu holen. Eigentlich ist so eine Schulklasse ja ein toller Lernraum, weil so unterschiedliche Erfahrungen, Kompetenzen und Interessen zusammenkommen. Der wechselseitige Austausch über diese vielfältigen Sichtweisen könnte so viel reichhaltiger sein als das, was ein Schulbuch oder eine Lehrperson allein einbringen können. Längeres gemeinsames Lernen in einer inklusiven Schule könnte auch zu mehr Bildungsgerechtigkeit beitragen. Was wir brauchen ist ein Schulsystem, das einer demo-



kratischen Gesellschaft angemessen ist und der gesellschaftlichen Spaltung entgegen wirkt.

**A.V.:** *Es heißt, Schule soll dazu beitragen, dass junge Menschen zu mündigen Bürgern werden. Das scheint selbstverständlich und steht in jedem Schulgesetz. Doch was leisten unsere Schulen eigentlich in dieser Hinsicht? Was macht Partizipation in der Schule aus?*

Demokratie lernt man nicht, zumindest nicht allein dadurch, dass man über Rechte und Verfahren informiert wird. Mindestens ebenso wichtig sind die bereits angesprochenen Haltungen. Wer als Kind und Jugendlicher die Erfahrung macht, dass ernst genommen wird, was sie oder er einbringt, dass man an Entscheidungen mitwirken kann, wird eher selbstständig als jemand, der nur gelernt hat, Anweisungen zu folgen. Klassenrat und Schulparlament sind da ganz wichtige Institutionen im Schulleben, um die Mitsprachemöglichkeiten der Schüler:innen zu stärken.

Aber es geht auch um Selbst- und Mitbestimmung im Unterricht selbst: dass man zwischen Themen, die Reihenfolge der Aufgaben und das Arbeitstempo wählen kann. Und warum müssen immer alle dieselbe Lektüre lesen statt eines Buches, das sie inhaltlich interessiert, sodass sie den anderen anschließend etwas vorstellen oder vorlesen können, was die noch nicht kennen? Und darüber zu schreiben, was einen persönlich bewegt, was man anderen mitteilen möchte, ist eine ganz andere Motivation als ein Aufsatz zu einem vorgegebenen Thema. Lesen und Schreiben kann man an ganz verschiede-

nen Texten lernen. Und das gilt auch für viele Kompetenzen in den Naturwissenschaften, in den Fremdsprachen, in Mathematik, erst recht in den musisch-ästhetischen Fächern. Was mir dabei wichtig ist: Nicht nur die Lernmotivation ist höher, sondern auch die Erfahrung der Selbstwirksamkeit und dass man als Person gesehen wird, aber auch, dass man eigene Interessen vertreten kann und mit denen der anderen auszuhandeln lernt.

**A.V.:** *Welche Möglichkeiten sehen Sie, die Neuorientierung eines inklusiven Bildungssystems voranzutreiben?*

**H.B.:** Im Grunde sind es drei Dinge, die ich schon genannt habe:

**Als erstes**, organisatorisch, längeres gemeinsames Lernen ohne Selektion. Nicht als Einheitsschule, in der alle zur gleichen Zeit dasselbe machen, sondern als vielfältiges Angebot, bei dem jeder die Chance hat, auch inhaltlich individuelle Profile zu entwickeln.

**Zweitens**, pädagogisch, mehr Raum für Mitbestimmung im Schulleben und im Unterricht.

**Und drittens**, didaktisch, Möglichkeiten für ein Lernen im eigenen Takt, sodass jeder von den individuellen Voraussetzungen her seinen nächsten Schritt tun kann, dabei aber auch im Austausch mit anderen lernt.

Es gibt allerorten vielversprechende Ansätze zu so einer Öffnung des Unterrichts. Die muss die Bildungspolitik unterstützen und die Pädagogik im Alltag stärker umsetzen. Anregungen dafür haben wir in unserer gerade erschienenen Streitschrift „Bildung gegen Spaltung“ vorgestellt: Was kann man schon heute in der eigenen Arbeit

tun, was muss man auf längere Sicht verbessern – jeweils in kleinen Schritten, aber auf ein klares Ziel hin? Und ich setze große Hoffnungen auf den "Bürgerrat Bildung und Lernen", den die Denkwerkstatt der Montag-Stiftungen in Bonn Ende 2020 ins Leben gerufen hat: kein Expertenclub, keine Verbandsvertreter-Versammlung, sondern eine Versammlung von durch Los bestimmten Bürger:innen. Durch das sorgfältige Auswahlverfahren werden Menschen eingeladen, die einen Querschnitt der Bevölkerung darstellen. Sie dürfen darüber beraten, wie sich unser Bildungssystem weiter entwickeln soll. Vorbereitet wird dieser Bürgerrat durch eine Online-Befragung, bei der alle mitmachen und inhaltliche Beiträge leisten können.

[www.buergerrat-bildung-lernen.de](http://www.buergerrat-bildung-lernen.de)

Was dieser Bürgerrat letztlich bewirken kann, weiß heute niemand. Aber Erfahrungen auf kommunaler Ebene und in anderen Ländern zeigen, dass Bürgerräte öffentlichen Druck und damit harte Begründungszwänge für die Politik erzeugen können. Und wenn ein „Bürgerrat Bildung und Lernen“ über die handfesten Lebenserfahrungen der Beteiligten neue Blicke auf den Bildungsalltag und seine Schwächen eröffnet, kann das dazu beitragen, die unbestreitbaren Ungerechtigkeiten in unserem System und seinem Alltag ernsthafter anzugehen.

# ABSTAND wahren

## Digitale Demokratiepädagogik in Zeiten der Pandemie

**Kurt Edler**

**In der öffentlichen Kontroverse über Gesundheitsschutz und das Recht auf Bildung wurden im vergangenen Jahr Verfassungsgüter manchmal schematisch gegeneinandergestellt. Wagon wir in Zeiten der Krise ein Gedankenexperiment, indem wir den Stresstest der Pandemie demokratiepädagogisch wenden.**

Über einen Menschen zu sagen, dass man um ihn einen großen Bogen machen sollte, war früher abwertend gemeint; im vergangenen Jahr haben wir erlebt, dass Passanten sich freundlich bedankten, wenn wir es taten. Die pandemische Bedrohung fühlt sich unter anderem deshalb so existenziell an, weil sie tief in unsere Lebensgewohnheiten eingreift. Das „offene Antlitz“ scheint kein Ideal mehr zu sein, und ob jemand lächelt oder bloß grinst, können wir nicht sehen. Wenn wir es aber nicht mehr sehen können, können wir es auch nicht unterscheiden lernen. Obwohl dies so ist, begehren jedoch nur unbelehrbare Minderheiten gegen die Maskenpflicht und andere Schutzmaßnahmen auf. Unsere Gesellschaft ist zu einer erstaunlichen Anpassungsleistung fähig. In Umfragen zeigt sich, dass über Monate hinweg große Mehrheiten den Regierenden bescheinigen, richtig zu handeln. Kein Wunder: Es geht um unser Grundrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit und um die Verpflichtung des demokratischen Verfassungsstaates, diesen Wert zu schützen.

### **Achtsamkeit und Respekt im Krisenmodus**

Die Schule hat es in dieser Situation nicht leicht. Sie bildet eine Gemeinschaft, deren Mitglieder sich begegnen können müssen. Und das bedeutet zumal unter Kindern und Jugendlichen auch Körperkontakt. Eine Klasse zu zerlegen, eine Lerngruppe auseinanderzureißen, ist pädagogisch eigentlich kaum zu rechtfertigen. Aber auch hier sticht das Argument des soeben genannten überragenden Grundwertes.

Was auch immer 2021 noch geschehen wird - wir werden auf 2020 als ein Jahr ungewöhnlicher politischer Lernprozesse zurückblicken. Dazu

gehört nicht nur die Einübung des Abstandhaltens. Dazu gehört auch die Vernunft, mit einer unsichtbaren Bedrohung besonnen umzugehen und lieber auf die nüchterne Naturwissenschaft zu hören anstatt auf Scharlatane und ihre Verschwörungserzählungen. Und vor allem gehört dazu eine neue Ehrfurcht vor dem Lehrberuf, nachdem sich die Mathematikstunde am elterlichen Küchentisch doch als extrem anstrengend erwiesen hat. Wertschätzung lernt der Mensch halt oft erst dann, wenn er das für selbstverständlich Gehaltene nicht mehr bekommt.

### **Digitale Willensbildung?**

Dennoch lief nicht alles glatt. Und das lag keineswegs nur an der mangelnden technischen Ausstattung der Schulen. Unterricht als Videokonferenz kann gelingen, ist aber nie dasselbe wie der Unterricht im Klassenraum. Die spontane Intervention ist schwierig; das Gewusel, das Schwatzen, die Gruppenatmosphäre, die gestische Interaktion - sie sind extrem reduziert oder ganz unmöglich. Wie im politischen Raum oder im Unternehmen ist die Disziplinierung durch die Technik extrem ausgeprägt. Anarchie tritt in solch einer Situation nicht durch starke Kollektive ein, sondern durch technisches Chaos. Aber man lernt. Alle lernen. Frontalunterricht ist keineswegs ein Muss. So werden wir rückblickend feststellen, dass im digitalen Raum ungeheure Lernzuwächse erreicht worden sind, gerade was die Formbarkeit der Kommunikationsebenen und -kanäle betrifft. Das gilt auch für die Lehrer- und Elternseite.

Aus demokratiepädagogischer Sicht erscheint besonders wichtig, die Beherrschung digitaler Kommunikation nicht nur unter Gesichtspunkten technischer Machbarkeit zu betrachten. Medienkompetenz ist längst ein notwendiger Teil der Fähigkeit, Politik zu gestalten. Das gilt auch für die democratic governance an der Schule, also für die Beteiligung der Schulgemeinschaft an der Leitung, wozu sich die Bundesrepublik durch Unterzeichnung der Europarats-Charta für Demokratie- und Menschenrechtsbildung 2010 verpflichtet hat.

„In allen Bildungsinstitutionen sollten die Mitgliedstaaten demokratische Governance nicht nur als eine (...) Führungsmethode fördern, sondern auch als ein praktisches Mittel, um Demokratie und Respekt vor den Menschenrechten zu lernen und zu erleben. Sie sollten (...) die aktive Beteiligung der Lernenden, des Bildungspersonals und der verschiedenen Interessenvertreter, einschließlich der Eltern, an der Leitung der Bildungsinstitutionen fördern und unterstützen.“ (Teil III, Abs. 8)

**Quelle:** .....

Council of Europe Charta on Education for Democratic Citizenship and Human Rights Education (2010)

## Digitalität und Opposition

Machen wir uns nichts vor. Gesellschaft geht nicht ohne Tuchfühlung; Demokratie geht nicht ohne wogende Säle und menschliche Leidenschaften von Angesicht zu Angesicht. Was ist das Gemeinsame von Covid-19 und Videokonferenzen? Man riecht nichts mehr, und man schmeckt nichts mehr. So könnten wir blödeln. Aber gerade dann, wenn wir skeptisch bleiben gegenüber der Hoffnung, die Pandemie möge abklingen und die letzte sein, liegt in dieser Skepsis ein Motiv der Erneuerung gesellschaftlicher Kommunikation. Dass digitale Parteitage mit Pro und Contra funktionieren, können wir gegenwärtig erleben. Dass Seminar-Tools die individuelle Interaktion sichtbar machen und Wortmeldungen

viel deutlicher im Raum stehen als durch Handzeichen im Saal, ist inzwischen eine Massenerfahrung. Der Fokus ist schärfer, die Wahlhandlung leichter, der individuelle Chat entlastend und klärend.

Zugleich erleben wir jedoch in Politik und Bildung auch bemerkenswerte Defizite digitaler Demokratie. Sie haben drei wichtige Ursachen. Erstens die Ungewohntheit des digitalen Dialogs. Manche sitzen im Gegenlicht, essen etwas oder gucken mürrisch im Raum herum; sie haben die soziale Qualität ihrer Präsenz vor der Kamera ihres Laptops noch nicht verstanden. Zweitens sind Veranstaltungen, Seminare und Unterrichtsstunden häufig nicht auf kreative Interaktion angelegt, sondern erinnern eher an Frontalunterricht. Und drittens sind viele Konferenz-Tools rein technisch noch zu autoritär. Sie erlauben die Selbstorganisation der Beteiligten nicht wirklich, vor allem nicht diejenige über den Tag hinaus. So muss sich die digitale Demokratie kritisch fragen lassen, ob Opposition in ihr wirklich möglich ist.

Das gilt auch für die schulische Interaktion. Zu den neuen Leitsätzen einer demokratiepädagogischen Schulentwicklung sollte die Überprüfung der eigenen Netzwerke und Tools gehören, und zwar unter der Fragestellung, ob die jeweilige Art der Digitalisierung einer Demokratisierung den Weg ebnet oder ihn eher verbaut.

**Das ist kein Naturereignis.**

**Wir haben es selber in der Hand.**



## Jenaplan-Schule Jena



Helke Felgenträger

### **Helke Felgenträger**

Lehrerin an der Jenaplan-Schule in Jena seit 1998, Mitglied im Programmteam der Deutschen Schulakademie – Themenleitung für das Thema „Demokratie lernen und leben“.

## Max-Brauer-Schule, Hamburg



Sarah Schnitzer

### **Sarah Schnitzer**

Lehrerin an der Max-Brauer-Schule in Hamburg. Unser Schulkonzept lautet: Vielfalt ist Reichtum. Die Schule legt einen besonderen Schwerpunkt auf die Integration von Schüler\*innen, die in sozialer, kultureller und ethnischer Hinsicht sehr unterschiedlich sind.

## IGS Süd, Frankfurt



Jenny Desoi

### **Jenny Desoi**

ist seit 2016 an dem Schulaufbau der IGS Süd in Frankfurt am Main beteiligt. „Einmal Lernbegleiterin - immer Lernbegleiterin: Ich werde nie wieder an einer Schule arbeiten können, an der Schüler\*innen mit Sanktionen und Noten Angst gemacht wird.“

# Partizipation und Selbstwirksamkeit von Anfang an – Schulprojektwoche an der Jenaplan-Schule Jena

## Helke Felgenträger

**Die Staatliche Jenaplan-Schule Jena (JPS) ist ein Haus für alle Kinder vom Kindergarten bis zum Abitur nach 13 Jahren. In ihr leben, lernen und spielen ca. 440 Kinder und Jugendliche in jahrgangsübergreifenden Stammgruppen.**

Seit ihrer Gründung im Jahr 1991 versteht sich die Schule als ein Ort für individuelles und gemeinsames Lernen und entwickelte von Beginn an eine demokratische Schulkultur. In dem 2012 überarbeiteten und weiterentwickelten Schulkonzept wird Demokratie als ein Merkmal des Schullebens der JPS wie folgt beschrieben: „Demokratie wird hier über ihre Bedeutung als Staatsform hinaus – im Sinne pragmatischer Demokratietheorie – als Lebensform verstanden. [...] Für die JPS liegt dabei der Fokus auf der Entwicklung und Aufrechterhaltung einer demokratischen Schulkultur, in der sich alle Beteiligten – Schüler, Eltern, Lehrer, Erzieher und Mitarbeiter – in ihren unterschiedlichen Rollen als einander gleichwertig anerkennen. Das erfordert gegenseitige Rücksichtnahme sowie Respekt und Achtung voreinander. Respekt und Achtung schließen einerseits das Hinterfragen von Machtansprüchen, andererseits aber auch die Verantwortungsübernahme für die gemeinsam zu regelnden Angelegenheiten ein. Das Lernen und Leben an der JPS ist so gestaltet, dass alle

Mitwirkenden herausgefordert sind, sich in das Gestalten der Schulgemeinschaft aktiv einzubringen. So können die Schüler ihre Schule in hohem Maße als einen Ort begreifen, an dem die Prinzipien der Demokratie erlernt und eingeübt werden.“ (Schulkonzept JPS, 2012, S.9)

Die Gelegenheit des Mitentscheidens, Mitgestaltens und Miterlebens bietet sich hervorragend in der jährlich stattfindenden Schulprojektwoche. Diese wird traditionell in der Woche vor den Osterferien durchgeführt. Das Besondere an der Woche ist, dass sie innerhalb der 30 Jahre des Bestehens der Schule immer mehr in Schülerhand übergegangen ist. In den Anfängen wählte das Kollegium ein Oberthema aus, jede/r Lehrer\*in entwickelte allein oder im Zweierteam ein passendes Projekt, in das sich alle Schüler\*innen einschreiben konnten. Mit dem Schuljahr 2007/08 trat eine Veränderung ein: Erstmals wurden die Vorschläge für Oberthemen und konkrete Projektideen von der Schülervertretung erarbeitet und im Anschluss dem Kollegium zur Abstimmung vorgestellt. **Seit fünf Jahren sprechen wir nunmehr von einer „Woche von Schülern – für Schüler“, d. h., dass die Projektwoche (Prowo) von der Planung bis zur Durchführung komplett in Schülerhand liegt.** Über die von den Schülersprecher\*innen vorgeschlagenen Oberthemen stimmen allein die Schüler\*innen ab.

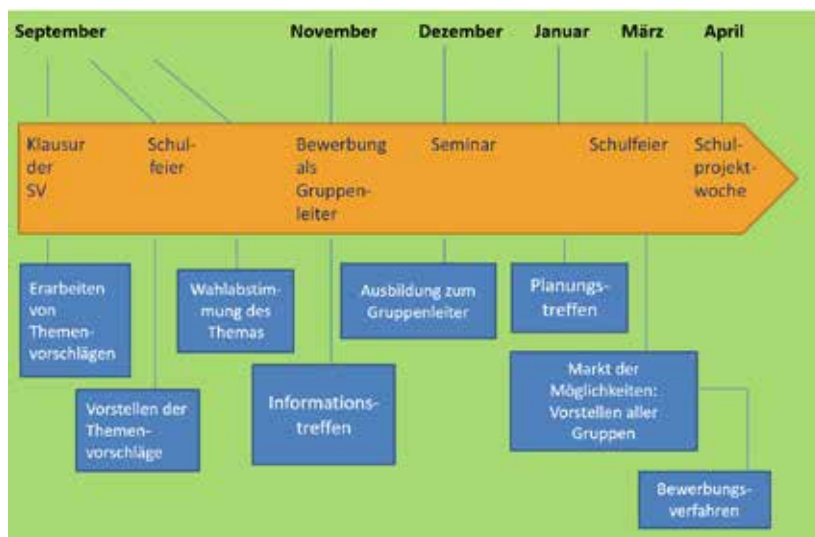
Auch die daraus erwachsenen Ideen für Projektgruppen kommen mit deutlicher Mehrheit aus der Schülerschaft, was wiederum bedeutet, dass die Kinder- und Jugendlichen ihre Projektidee eigenverantwortlich umsetzen müssen. Eine besondere Herausforderung ist, dass sich die im Schnitt etwa 30 Projektgruppen jahrgangsübergreifend – vom Kindergarten bis zum 13. Jg. - zusammensetzen.

## Planung der Projektwoche (Prowo)

Die Planung der Prowo beginnt mit dem neuen Schuljahr, wenn sich die Schülervertretung in Begleitung von zwei Sozialpädagogen im September zu ihrer jährlich stattfindenden dreitägigen Klausurtagung außerhalb der Schule trifft und u. a. zwei Themenvorschläge für die Schulprojektwoche konzipiert. Dazu fordert sie im Vorfeld alle Schüler\*innen der Schule auf, Ideen einzureichen. Zurückgekehrt von der Klausur werden im Rahmen einer Schulfest (Feier: Element des Jenaplans - letzte Unterrichtsstunde an jedem Freitag) die beiden Oberthemen vorgestellt, Hinweise zum Abstimmungsverfahren gegeben und es erfolgt die Ankündigung des Workshops für zukünftige Gruppenleiter\*innen und der damit verbundenen, notwendigen Bewerbung. Die anschließende geheime Wahlabstimmung findet sowohl im Kindergarten als auch in allen Stammgruppen statt. Mit der Bekanntga-







## Ablauf PROWO

samen Frühstück in den einzelnen Projektgruppen den Abschluss der Schulprojektwoche. Die Durchführung der Prowo wird vom sogenannten Orga-Team geleitet, das aus Schüler\*innen besteht, die sich ebenso für diese Gruppe bewerben mussten und von einem/r Lehrer\*in begleitet und unterstützt wird. Es hat seinen Sitz im Lehrerzimmer, ist Ansprechpartner für alle Teilnehmer\*innen der Prowo und organisiert sämtliche Abläufe - nicht zuletzt die Präsentationsveranstaltung. Zu diesem Höhepunkt der Woche sind ab Donnerstagnachmittag alle Mitwirkenden, Familien und Interessierte herzlich eingeladen. Nach einem gemeinsamen Beginn in der Turnhalle der Schule, zu dem der jeweils aktuell entstandene, von der Doku-Gruppe gedrehte Film zur Prowo sowie darstellende Präsentationen gezeigt werden, ist es möglich, die Ergebnisse aller Projektgruppen in Form von Ausstellungen im gesamten Schulhaus zu bewundern. Darüber hinaus gibt es zusätzliche Aktionen, wie z. B. Spendenläufe oder den Verkauf kulinarischer Köstlichkeiten für Spendenzwecke. Voller Stolz geben Kleine und Große Einblick in ihre Arbeit der zurückliegenden Woche.

## Besondere Projektwochen

Es gibt allerdings auch Projektwochen mit Abweichungen vom regulären Plan. So arbeiteten z. B. in der Prowo 2011 alle Schüler\*innen unter dem Oberthema „Träume und Visionen auf 103,4 MHz –24h Zukunft für Eure Ohren“ daran, ein 24-stündiges Live-Radioprogramm für den Offenen Kanal Jena, dem Bürgerradio für Jena und Umgebung, zu gestalten. Ein anderes Beispiel ist, dass die Ergebnisse der Prowo 2018 „Unter Halte-

be des Abstimmungsergebnisses für das Oberthema wird auf das Informationstreffen im November hingewiesen, das die Bewerbung als Gruppenleiter\*in zum Thema hat. Alle Schüler\*innen, die Interesse haben, eine Projektgruppe im Rahmen der Prowo zu leiten, nehmen an diesem schülergeleiteten Treffen teil und erfahren dabei die Kriterien, die die Bewerbung als Gruppenleiter\*in an sie stellt. Erfüllt die Bewerbung alle Anforderungen, dann erfolgt im Dezember in einem Seminar die Ausbildung zum/r Gruppenleiter\*in. Die Planung und Durchführung des Seminars wird von den Schülersprecher\*innen und ehemaligen Gruppenleitern organisiert. Ziel ist die Vermittlung des von Schüler\*innen erarbeiteten Curriculums „Welche Anforderungen gibt es an eine/n Gruppenleiter\*in?“ Im Januar schließt sich ein Planungstreffen der Vorbereitungsgruppe an, welche alle schülergeleiteten Gruppen festhält, über Erweiterungen durch Lehrer\*innengruppen und externe Betreuer\*innen berät und entscheidet. In der Regel werden mindestens 2/3 der Projektgruppen von Schüler\*innen geleitet. Diesen Gruppen ordnen sich die Lehrer\*innen zu, die keine eigene Gruppe führen. Im März verwandelt sich das Schulhaus im Rahmen einer Schulfeier in den „Markt der Möglichkeiten“. Leben er-

füllt die Gänge des Schulhauses - vom Kindergartenkind bis zum Abiturienten – sie alle schauen sich neugierig die Marktstände der zukünftigen Gruppenleiter\*innen an, deren Projektideen auf einem Plakat zu finden sind und die versuchen, im Gespräch Mitwirkende für ihre Projektgruppe zu gewinnen. In einem sich anschließenden, aufwendigen Bewerbungsverfahren begründet zunächst jede/r Schüler\*in sein Interesse für das Mitwirken in einer Gruppe in einem Motivations schreiben, welches im Morgenkreis angefertigt wird. Neben dem Erstwunsch werden noch Zweit- und Drittwunsch angegeben. Nachfolgend entscheiden die Schülersprecher\*innen an einem langen Nachmittag für jede einzelne Bewerbung sehr verantwortungsvoll, in welchem Maße diese den im Vorab bekanntgegebenen Kriterien entspricht und somit, ob der Erstwunsch erfüllt werden kann. Der Tag der Veröffentlichung der Übersicht aller Projektgruppen mit seinen Mitgliedern wird mit Spannung erwartet. Schließlich startet die Schulprojektwoche, täglich von 8 Uhr bis 13.30 Uhr, beginnend an einem Freitag und in eine große Präsentation am darauffolgenden Donnerstag mündend. Der Tag nach der Präsentation, der letzte Schultag vor den Osterferien, bildet mit einer Reflexion der Woche und einem gemein-



stellen – Bühne frei für abgefahrene Ideen“ öffentlich gezeigt wurden. Nach einem gemeinsamen Beginn auf dem Marktplatz Jenas präsentierten sich alle Gruppen in den Haltestellen des Stadtgebiets. Ein Höhepunkt aller bisherigen Schulprojektwochen war sicherlich das gemeinsame Einstudieren und Aufführen des Schul-Musicals „Zirkus Furioso“ im April 2019, in dem alle Schüler\*innen ihre Rolle fanden, sei es als Sänger\*in im Chor, als Instrumentalist\*in im Orchester, als Akrobat\*in, Künstler\*in, Masken- oder Kostümbildner\*in, Techniker\*in u.v.m..

Das Lernen im Projekt – jahrgangs- und fächerübergreifend und im Team – kennen die Schüler\*innen bereits aus ihrem normalen Unterrichtsalltag und trotzdem ist die Provo etwas ganz Besonderes, denn hier erfahren sie die eigene Selbstwirksamkeit bereits in der Mitentscheidung über das Oberthema. Sie tragen fernerhin entweder als Gruppenleiter\*in oder als Mitwirkende in unterschiedlichem Grad Verantwortung für das Gelingen der Woche. Sie setzen gemeinsam die Ziele der Woche, für deren Umsetzung sie eigenverantwortlich den Ablauf festlegen sowie die Inhalte und Methoden bestimmen. Gleichzeitig erleben sie sich und andere in neuen Rollen und erhalten die Chance, sowohl sich selbst als auch andere noch einmal ganz anders kennenzulernen. Eigene Begabungen und Fähigkeiten können durch die interessengeleitete Wahl der Projektgruppe viel stärker wirksam werden.

Auch für Lehrkräfte birgt die Provo immer wieder neue Erfahrungen in Bezug auf ihr Rol-



© Fotos: Jenaplan-Schule Jena

**Markt der Möglichkeiten**  
**Präsentation des Musicals**  
**Zirkus Furioso**  
**Projektgruppe Musik**

lenverständnis: Sie müssen lernen, sich zurückzunehmen, den Stärken der Schüler\*innen zu vertrauen und Verantwortung abzugeben. Schaffen sie das, dann erhalten sie in der Rolle der Beobachtenden die großartige Möglichkeit, ihre Schüler\*innen in einem anderen Kontext und in anderen Rollen zu erleben und stolz auf sie zu sein.

Die von Schüler\*innen organisierte und in Eigenregie durchgeführte Schulprojektwoche trägt zur Festigung der Schulgemeinschaft, zum Selbstverständnis der Schule, eine demokratische Lebens-, Arbeits- und Lerngemeinschaft zu sein, entschieden bei.

**Weitere Themen der Schulprojektwochen der letzten Jahre:**

- Über den Tellerrand geschaut
- Schritt für Schritt ein bisschen grüner – Eine Schule läuft für die Umwelt
- kunsTRäume
- Kann mal jemand das Licht anmachen – Eine Woche zwischen Hell und Dunkel
- InToleranz – Unserem Miteinander auf den Fersen

# Nicht nur der Weg ist das Ziel, sondern dass alle mitkommen

## Schüler:innenpartizipation an der Max-Brauer-Schule

### Sarah Schnitzer

**Ein bisschen Weisheit vorab: Mit schulinterner Demokratie verhält es sich ähnlich wie mit der Demokratie in großem Maßstab: Sie ist nicht selbstverständlich und bisweilen anstrengend. Sie muss fortwährend gepflegt, gefördert und ermutigt werden und es reicht nicht aus, Strukturen zur Verfügung zu stellen und abzuwarten, wie lebendig es brummt. Schade! Aber sie ist jede Mühe wert und es gibt zu ihr keine akzeptable Alternative.**

### Motive für den Aufbruch

Die Beteiligung von Schüler:innen an der Gestaltung ihres Lernprozesses hat an der MBS eine große Bedeutung, das zeigt sich in der Idee des individualisierten Lernens, der langen Tradition der Profikoberstufe und vielen anderen Bereichen.

Was im Klassenrahmen an der MBS alltäglich praktiziert ist, war lange auf anderen Ebenen – mit Ausnahme des Grundschulparlaments - sehr mäßig ausgeprägt. Schüler:innen sind bei Entscheidungen, die den ganzen Jahrgang, die Abteilung oder gar die Schule betreffen, selten als Akteure in Erscheinung getreten, wenn nicht die Schüler:innenvertretung mehr oder weniger zufällig von hochengagierten Einzelpersonen gebildet wurde. Die SV hatte über eine längere Zeit erhebliche Probleme,

Vorhaben durchzusetzen und sich effizient zu organisieren. Frustration und Auflösung im Laufe des Schuljahres waren die Folgen. Der Versuch, die Meinung der Schüler:innen zu einer Sache einzuholen, war mit dem Problem konfrontiert, dass repräsentative Ansprechpartner:innen fehlten. Die Kompetenzen der SV waren unklar und die Handlungsoptionen vage.

### Auf den Weg machen

Dass das nicht so weitergehen konnte, hat vor gut 5 Jahren eine Gruppe von Kolleg:innen und Schulleitungsmitgliedern festgestellt und Ideen entwickelt, um diesem Ärgernis zuleibe zu rücken. Daraus entstand die „Projektgruppe Schülerpartizipation“ (kurz: „Parti-Gruppe“ und Anlass für zahlreiche Wortspiele von „Partisanen“ bis „Partipeople“), die in wechselnder Besetzung bis heute besteht und arbeitet.

**Die Vision:** Abteilungsräte aus den Klassensprecher:innen der jeweiligen Jahrgänge werden gebildet (so funktioniert auch das Grundschulparlament). Sie sind Gremien, in denen die Anliegen der Klassen diskutiert und abgestimmt werden, deren Ergebnisse dann wieder in die Klassen zurückgetragen werden: ein lebendiges Wechselspiel zwischen der Klasse als Basis und dem Rat als Vertretungsorgan, der seine Ergebnisse entweder direkt umsetzt oder an die Schulleitung weiterreicht oder

der SV zur Bearbeitung übergibt. Hierdurch entstünde eine organische und verstetigte Mitbestimmung von Schüler:innen am Schulgeschehen, so unsere Vorstellung.

Als erster Schritt wurde in der Oberstufe ein Abteilungsrat eingeführt, der auf große Zustimmung stieß und der gleich wöchentlich tagen wollte, sich eine komplexe Geschäftsordnung und ein ambitioniertes Programm gab. Er machte sich umgehend an die Arbeit, Positionen zu entwickeln: zu Fragen der Stundenplan- und Raumgestaltung, Rhythmisierung, Technikausstattung, Flüchtlingshilfe und weiteren Themen.

Vor diesem Hintergrund wurde die Entscheidung getroffen, das Thema Schüler:innenpartizipation zu einem „schulischen Entwicklungsschwerpunkt“ zu machen und die Parti-Gruppe mit entsprechenden Stunden ausgestattet. Nach dem Vorbild der Sek II wurden im darauf folgenden Schuljahr Abteilungsräte für die Jahrgänge 5-7 und 8-10 eingeführt. Gleichzeitig spielte die traditionelle, am Anfang des Schuljahres gewählte SV weiterhin eine Rolle. Diese besteht bei uns zumeist aus sieben „offiziellen“ plus X inoffiziellen Vertreter:innen aller drei Stufen und hatte in der neuen Struktur den Anspruch, die Belange der einzelnen Räte zusammenzuführen und übergreifende Themen zu diskutieren.



## Parti-Gruppe - Eine Fahrt nach Glückstadt

© Foto: Max-Brauer-Schule, Hamburg

wagt, die Struktur der Abteilungsräte über Bord geworfen und stattdessen eine Idee von jahrgangsübergreifenden „Projektgruppen“ entwickelt. Die Vorstellung war, dass sich diese Gruppen zu selbst gewählten Themen (wie etwa Schulverschönerung, Verlassen des Geländes, Handynutzung, Antirassismus ...) bilden und weitgehend eigenständig arbeiten. Wir haben uns hiervon eine deutlichere Fokussierung auf die konkreten Inhalte und eine bessere Übersichtlichkeit der Vorhaben versprochen. Diese Idee musste leider spätestens nach Ablauf des Schuljahres als gescheitert beurteilt werden, weil weder Terminfindung noch Kommunikation funktionierten.

### Die SV macht Tempo

Im gleichen Jahr hatten wir allerdings eine sehr aktive SV. Bei der Auseinandersetzung um die Erweiterung der Grundschule konnte sie sich sogar gegenüber der Behörde sehr hörbar machen, eine Kooperation mit den aktiven Eltern organisieren und eigenes Material produzieren. Dies konnte in den folgenden Jahren aufrecht erhalten werden: Die Vorstellung, dass man in der SV immerhin etwas verändern und umsetzen kann, hat sich etabliert und ist bis heute – so mein Eindruck – weitgehend gültig.

Eben diese SV war bei der Ausarbeitung einer Partizipationsstruktur für das Schuljahr 2019/2020 auch maßgeblich beteiligt. In großer Einmütigkeit wurde eine Rückkehr zu den Abteilungsräten beschlossen, aber jetzt mit anderem Anspruch: Als Trägerin der wesentlichen Aktivitäten wurde die SV bestimmt, während die Räte von der Vor-

Den Startschuss zur Arbeit der Gremien machten mehrtägige „Partizipationsfahrten“ nach Glückstadt, auf denen die Mitglieder der Räte und SV in hoch motivierter Stimmung ambitionierte Projekte und Vorhaben für das kommende Schuljahr entwickelten. Diese reichten von dem ewigaktuellen Thema der unschönen Schulklos bis zu dem Vorhaben, die Schule barrierefrei zu machen.

### Hindernisse und Rückenwind „Was so toll klingt ... war auch wirklich toll“!

Es ergaben sich in der Arbeit über das Schuljahr hinweg aber verschiedene Schwierigkeiten, die uns in der Grundsache bis heute beschäftigen (weshalb ich hier ins Präsens wechsele) und die, wie ich im Gespräch mit anderen Verbindungslehrer:innen höre, echte Klassiker sind. Einige seien hier etwas zugespitzt angerissen:

Der Schwung vom Anfang des Schuljahres ist schwer aufrecht zu halten. Es besteht immer wieder die Gefahr des „Einschlafens“ oder „Versandens“, was dann eine selbstverstärkende Wirkung auf die Motivation der Beteiligten hat.

Die Idee der Räte, in der die Sprecher:innen die Interessen ihrer Klassen repräsentieren und die Ergebnisse wieder zurückmelden, wird bisher nur im Ansatz umgesetzt. Bisher steckt im

Alltag der Abteilungsräte ein relativ hoher „Lehreraufwand“. Unser Ziel, uns selbst überflüssig zu machen, gelingt auch bei den älteren Schüler:innen bisher nur zwischenzeitlich. Wir wünschen uns aber eigentlich eine Mitbestimmung, die weniger von Lehrer:innen „angeschoben“, sondern von Schüler:innen eingefordert wird.

Eine Herausforderung ist auch das Ausmachen von Inhalten, die sich wirklich zur Mitbestimmung eignen und keine „Scheindemokratie“ erzeugen, indem fertige Konzepte den Schüler:innen zum Abnicken vorgelegt werden oder die sich in Appellen an die Schulleitung erschöpft. Bis jetzt sind die Schüler:innen sehr findig und fündig gewesen, aber der Grat zwischen dem Bandalen und dem „wo man eh nichts machen kann“ ist schmal.

### „Mit der Einführung der Abteilungsräte ist der Weg also noch lange nicht gegangen“.

#### Durststrecken

Nach zwei Jahren stellten wir in der Parti-Gruppe fest: So läuft es noch nicht richtig. Wir müssen eigentlich noch mehr Arbeit reinstecken. Gleichzeitig lief der Entwicklungsschwerpunkt aus und die Ressourcen wurden spürbar knapper. Die Frustration hat an dieser Stelle ein Umdenken angestoßen: Im Schuljahr 2018/19 haben wir ein Experiment ge-





stellung, selber Projekte umzusetzen, eher entlastet werden sollten. Stattdessen sollten sie als Austauschforum fungieren, auf dem gegenseitige Information stattfinden, Handlungsbedarfe ausgemacht, Meinungen eingeholt werden sollten. Optimalerweise sollten diese Räte von der SV selber einberufen und moderiert werden.

Das vergangene Schuljahr kann in dieser Hinsicht optimistisch stimmen: In allen Abteilungen konnte die Vorstellung gestärkt werden, dass die Räte tatsächlich eine Versammlung von Delegierten sind, die sich zu den genannten Themen vorab in ihrer Klasse ein Meinungsbild verschafft haben sollten – und die Ergebnisse des Rates im Anschluss in ihren Klassen wieder zurückmelden und zur Debatte stellen können. Auf der Lehrer:innenkonferenz wurde dies kommuniziert, die Einladungen wurden explizit so formuliert, die Themen der Tagesordnung

rechtzeitig mitgeteilt. Die Abteilungsräte fanden mit großer Besetzung statt, waren sichtbar besser in den Klassen vorbereitet und es kamen konkrete Ergebnisse dabei heraus:

Eines davon ist die Einrichtung der „Toilette für alle“.

Die weiteren Sitzungen fielen dann der Pandemie zum Opfer. Seitdem haben in der Oberstufe mehrere Treffen online stattgefunden, um im Austausch über die Lage und die Umsetzung der digitalen Unterrichtsformen zu bleiben. Diese waren gut be-

sucht und wurden von den Anwesenden als sinnvoll und wiederholenswert eingeschätzt: Probleme konnten artikuliert, unterstützende Hinweise für gutes Gelingen weitergesagt werden. Damit machen wir weiter.

### Alle mitnehmen: Klassenräte

Die Unmöglichkeit von klassenübergreifenden Treffen in Präsenz hat uns außerdem dazu geführt, einen Schwerpunkt auf die Stärkung der Klassenräte zu legen und diesen Ort demokratischer Erfahrung systematisch aufzuwerten. Im Rahmen von einigen Treffen, an denen neben der Parti-Gruppe auch etliche weitere interessierte Kolleg:innen teilnahmen, konnte einiges unternommen werden, um dem Klassenrat in Zukunft zu mehr Verbindlichkeit zu verhelfen und das verwendete Material (Rollenkarten etc.) zu verbessern. Dabei konnte auch die Expertise des Beratungsdienstes einbezogen werden. Außerdem ist es das Ziel, dass der Klassenrat in jedem Stundenplan ausgewiesen ist, damit er sichtbar gemacht und für alle Beteiligten verbindlich und einforderbar wird. Dieses Vorhaben wird weiter verfolgt und kommt spätestens zu Beginn des nächsten Schuljahres „auf den Tisch“.

### Wo geht es lang?

Die SV hat sich in diesem Schuljahr von den Pandemie-Einschränkungen nicht beirren lassen. Solange es ging, hat sie sich auf dem Schulhof getroffen und ist dann im Herbst auf den geräumigen Dachboden ausgewichen. Dabei hat sie zwei Projekte erfolgreich zu Ende gebracht, die noch auf Vollendung gewartet haben: Die Max-Brauer-Schule hat nun endlich ein Klo, auf das alle gehen können.

Außerdem konnte ein schon lange geplantes, interaktives Kunstprojekt umgesetzt werden: Im Flur an prominenter Stelle hängt nun die „Stickertür“. Sie trägt den Titel: „Tür ohne Rassismus – Tür mit Courage“. Der Entstehungsanlass wird auf einem gerahmten Konzept neben der Tür erläutert. Hier darf nun nach Herzenslust geklebt, kommentiert und gekritzelt werden.

Dieser Bericht endet mit dem Jahreswechsel, der Weg wohl nie – was in der Natur der Sache liegt. Deshalb ist an dieser Stelle auch kein echtes Fazit möglich, keine abschließende Weisheit, höchstens einige Zwischenergebnisse:

- Eine SV, die sichtbare Erfolge produziert, ist attraktiv für Schüler:innen. Sie hierbei zu unterstützen, lohnt sich, auch wenn es Energie kostet.
- Eine lebendige Vertretungsstruktur braucht eine funktionierende Grundlage, sonst ist sie fragil und neigt zum Selbstzweck. Daher ist es sinnvoll, mit der Stärkung der Klassenräte zu beginnen.
- Raum für Kommunikation außerhalb des Unterrichts ist knapp, aber wichtig. Auch wenn es ein Corona-Allgemeinplatz ist: Vielleicht können sich in Zukunft Formen der digitalen Beteiligung etablieren, Diskussionsforen, spontane Videokonferenzen, Umfragen, bei denen die Interessen aller Schüler:innen abgefragt werden können und die zur Diskussion in der Klasse anregen... Das will ausprobiert werden.

**„Es sind noch nicht alle mit an Bord, es holpert, aber die Richtung stimmt“.**





© Foto: IGS-Süd, Frankfurt a.M.

**Das Leitbild der Integrierten Gesamtschule Süd in Frankfurt am Main: Eine Schule, die sich auf den Weg der Transformation gemacht hat: Lernen muss neu gedacht werden**

# Schule als Lernort für demokratische Prozesse

**Jenny Desoi**

**Schulische Selbstbestimmung ist Voraussetzung für die spätere Beteiligung an demokratischen Gesellschaftsprozessen**

Die IGS Süd in Frankfurt am Main hat 2016 die Türen für ihre Mittelstufen-Schüler\*innen geöffnet.

Seither macht sich ein multiprofessionelles Team zur täglichen Aufgabe, die Freude am Lernen und der Entwicklung in den jungen Menschen zu fördern: Das höchste Maß an Selbstbestimmung, Lernen auf Augenhöhe und konstruktives Feedback statt Noten stehen dabei weit oben auf der Tagesordnung, um die jungen Menschen darauf vorzubereiten, sich später

als Erwachsene an gesellschaftlichen Prozessen zu beteiligen. Welche Möglichkeiten und welche Herausforderungen diese Arbeit birgt, wird der folgende Artikel erläutern.

Viele Schulen sind nach wie vor geprägt von veralteten hierarchischen Strukturen, die der Generation von morgen kaum Luft zum eigenständigen Denken lassen. Die aktuelle Krisensituation und deren Management führt uns allen ein weiteres Mal vor Augen, dass sich die benötigten Kompetenzen für das 21. Jahrhundert in Gänze verändern werden. Deutlich wird, wie notwendig es ist, über Prozesse der demokratischen Mitbestim-

mung Bescheid zu wissen, um auf diese zurückzugreifen und sich am Gestaltungsprozess der Gesellschaft aktiv beteiligen zu können. Der gesellschaftliche Wandel, den die Digitalisierung und Probleme wie die Klimakrise mit sich bringen, stellt die globale Schullandschaft vor große Herausforderungen. Um unseren Kindern ein erfülltes Leben in dieser sich rasch ändernden Welt zu ermöglichen, braucht es Kompetenzen, die bislang in den Bildungsstandards wenig Platz finden. Dabei ist die digitale Grundbildung nur eine neben vielen Kompetenzen, deren Vermittlung zum Auftrag von Schule werden.





Durch schulische Strukturen der demokratischen Mitbestimmung sind die jungen Menschen an der Integrierten Gesamtschule Süd in Frankfurt angehalten, ihre Handlungsrahmen kennenzulernen, auszuschöpfen und eigenständig zu gestalten. Das ist eine wichtige Voraussetzung für die spätere Teilhabe an demokratischen Gesellschaftsprozessen. Mit dieser pädagogischen Haltung hat sich die IGS-Süd auf den Weg gemacht, ihren Beitrag zur Transformation im Bildungswesen zu leisten. Die Schüler\*innen lernen von Beginn an, also ab Klasse 5, mit Freiheit und Selbstbestimmung verantwortungsbewusst umzugehen.

### Das Verhältnis zwischen struktureller Freiheit und angeleiteten Phasen

Alle Mitarbeitenden der IGS Süd machen sich zur täglichen Aufgabe, multiprofessionell und auf Augenhöhe miteinander zu arbeiten. In der IGS Süd arbeiten die jungen Menschen in jahrgangsgemischten Fachbüros und der Fokus ist auf fächerübergreifenden Projektunterricht gelegt. *Das heißt, dass die Unterrichtsstruktur nicht vorgibt, wann die Schüler\*innen Mathe, Deutsch oder Englisch haben, sondern sie entscheiden selbstbestimmt, an welchem Tag sie in welchem Fach (-büro) arbeiten. Außerdem gibt es das Fach Verantwortung.* Darin haben die Schüler\*innen die Aufgabe, sich ein außerschulisches Projekt zu suchen, bei dem sie sich in die Gesellschaft einbringen, wie z. B. Einkaufen und Vorlesen für ältere Nachbarn, Stolpersteine von politischen Opfern aus dem Nationalsozialismus pflegen oder Bastelstunden im Kindergarten anbieten. Die Schüler\*innen wählen selbst ein pas-



**Eine typische Sequenz aus einem Fachbüro: Die Aufgaben können alleine aber auch in Partner\*innenarbeit gelöst werden.**

© Fotos: IGS-Süd, Frankfurt a.M.



**Im Rahmen des Tutorengesprächs betrachtet ein Kollege (Valentin Ringel) der IGS Süd mit einer Schülerin ihre Dokumentation der Lernwoche. In einem Beratungsgespräch bilanzieren die beiden auf Augenhöhe die vergangene Woche, entwickeln gemeinsam ein anstehendes Wochenziel oder treffen Vereinbarungen.**

sendes Projekt, welches sie außerhalb der Schulzeit umsetzen. Das Leitbild und Konzept der IGS Süd gründet auf einem hohen Maß an Eigenverantwortung und Vertrauen.

Solch ein offenes Konzept benötigt allerdings auch strukturelle Steuerungselemente: Die Studienzeit ist ein solches Element. Während die Klasse eigenständig am Arbeiten ist, werden (1:1)

Tutor\*innengespräche geführt. Grundlage für dieses Gespräch ist das LOG-Buch der jeweiligen Schüler\*in, in dem sie ihren selbst gestalteten Lernweg dokumentieren, der von den Lernbegleiter\*innen unterzeichnet wird. Hier werden nötige Vereinbarungen getroffen oder Ziele für die Folgeweche festgehalten. Die Lernenden dokumentieren den Lernzuwachs nach jedem Block, womit sie unter anderem üben, ihren Lernfortschritt zu reflektieren.

So lernen die Schüler\*innen der IGS-Süd ab dem ersten Tag das Verhältnis zwischen struktureller Freiheit und geleiteten Phasen kennen. Jede Fachbürositzung beginnt mit einem Check-In, bei dem in einem Kreisgespräch die anfallenden Bedarfe und individuellen Ziele geklärt werden. In dieser Sequenz wird geklärt, ob jemand Beratung braucht, einen Test schreiben oder einen Vortrag halten möchte. Dies ist ein wichtiger Moment, um als Lernbegleiter\*in sicherzustellen, dass die Voraussetzungen für die selbstorganisierte und freie Struktur geschaffen sind. Danach erst fangen die Schüler\*innen an, ihre individuell gewählten Lernbausteine zu bearbeiten. Lernbausteine führen durch eine Thematik, bieten diverse Fragestellungen oder erläutern Zusammenhänge. Meistens greifen die Lernbausteine ein weltpolitisches Thema, orientiert an den Global Goals (s. <https://www.globalgoals.org>) auf, welches mit einem fachspezifischen Inhaltsfeld kombiniert wird. Dabei lautet die Devise: Nicht alle Schüler\*innen müssen alle Lernbausteine bearbeiten. Wer ein Inhaltsfeld bereits beherrscht, muss dazu natürlich keinen Lernbaustein bear-

beiten. Die Auswahl des jeweiligen Lernbausteins wird in enger Absprache zwischen der Lernbegleiter\*in und dem Lernenden getroffen. Das heißt, dass auch hier wieder die Selbstbestimmung in einen beratenden Dialog tritt und die Schüler\*innen eine orientierende Unterstützung erhalten.

Die Schüler\*innen der IGS-Süd bearbeiten solange ihre individuellen Themen, bis sie sich in dem entsprechenden Inhaltsfeld kompetent fühlen. Jeder Lernbaustein endet mit einem sogenannten Check-out, bei dem die Schüler\*innen ihre erstellte Mappe überprüfen und in einem Selbsteinschätzungsbogen ihre erweiterten Kompetenzen reflektieren. Auf dieser Grundlage wird ein beratendes

Abschlussgespräch geführt, bei dem besprochen wird, wann die abschließende Klausur zu einem Thema geschrieben werden kann. Danach erst bekommen die Lernenden eine schriftliche Rückmeldung in Form eines Zertifikats. Das schriftliche Feedback versucht den gesamten Lernprozess in den Blick zu nehmen, welcher durch abgegebene Mappe, Test und Abschlussgespräch sichtbar wird. Darin werden auch schriftlich Empfehlungen zur Weiterarbeit vermittelt.

### Zu viel Selbstbestimmung kann überfordern

„Es ist nicht schlimm, wenn du heute nicht lernen kannst, aber finde heraus, was dich davon abhält und was du tun kannst, dies zu überwinden.“ Mit die-

sem Satz begegnen die Lernbegleiter\*innen der IGS-Süd den jungen Menschen, die nicht ins Arbeiten kommen wollen. Die Grundhaltung im Kollegium ist, dass der Mensch sich entwickeln möchte und dass es seine Verantwortung bleibt, die Lernangebote anzunehmen. Die meisten Schüler\*innen können sehr gut mit dem hohen Maß an Selbstbestimmung umgehen. Es ist immer wieder faszinierend, welche fundierten Überlegungen hinter den Entscheidungen der Schüler\*innen stecken. Voraussetzung dafür ist, beim Nachfragen wirklich offen zu sein. Im (Schul-)Alltag greifen Lehrer\*innen schnell zu Vorurteilen und negativen Unterstellun-

**Ideengeberin Magret Rasfeld auf einer Elternveranstaltung der Reihe „IGS Süd fragt: Warum muss Schule sich verändern?“**

© Foto: IGS-Süd, Frankfurt a.M.



gen, was wir an der IGS-Süd mit Hilfe der gewaltfreien Kommunikation (nach Marshall B. Rosenberg) versuchen zu durchbrechen. Zum Beispiel auf die Frage, warum eine Woche nur Mathe besucht wurde, gab es schon folgende Antworten: „Ich hänge in Mathe etwas hinterher, weshalb ich mich jetzt erstmal nur darauf konzentrieren will“, oder „Ich wechsle wochenweise, dass ich nicht immer so lange brauche, bis ich mich wieder ins Thema eingearbeitet habe“, oder aber auch ein Bekenntnis wie „Ich habe so Angst vor Englisch, weil mir der Test bevorsteht“. Diese Ängste können dann im gemeinsamen Prozess angegangen werden. Das heißt, dass die Kombination aus vertrauensvoller Grundhaltung und offener Grundstruktur in der IGS-Süd fruchtbare pädagogische Momente aufdeckt. Es ist menschlich, sich mal vor einer unangenehmen Aufgabe drücken zu wollen, aber die Kolleg\*innen zeigen in enger Begleitung verschiedene Lösungsansätze auf. Meine Erfahrung zeigt, dass junge Menschen sehr gut mit Selbstbestimmung und Freiheit umgehen können, wenn sie von den beteiligten Erwachsenen das nötige Vertrauen und die erforderliche Zeit zum Einüben erhalten. Besonders wenn Kinder aus Zubringerschulen oder einem Umfeld kommen, bei dem sie wenig selbst bestimmen konnten, bedarf es viel Geduld, bis sie einen angemessenen Umgang mit Freiheit erlernt haben. Anfänglich kann es dabei zu Rollenunklarheiten führen. Die Voraussetzung für eine erfolgreiche Arbeit auf Augenhöhe ist die Klarheit aller Beteiligten darüber, dass der\*die Erwachsene die Situation und ihre Grenzen verantwortet.

### **Schulische Selbstbestimmung ist Voraussetzung für demokratische Teilhabe an der Gesellschaft**

Die Freiheit und Selbstbestimmung, die die Kinder an der IGS-Süd erfahren dürfen, ist ein lebenslanges Geschenk. Die jungen Menschen finden auf diese Weise heraus, welcher Lerntyp sie sind und welche Voraussetzungen sie benötigen, um gut arbeiten zu können. Sie sind in viele Prozesse, die weit über die übliche SV-Arbeit hinausgehen, strukturell eingebunden. Auf diese Kompetenzen werden sie ihr ganzes Leben lang zurückgreifen können.

Viele Menschen haben im Laufe ihrer Schulzeit verlernt, Fragen zu stellen, dabei sollte es doch umgekehrt sein: *Menschen sollten durch die Institution Schule ermutigt werden, möglichst viele Fragen zu stellen.* Beobachtungen im Schulalltag belegen, dass die Schüler\*innen der IGS-Süd diese Hemmungen nicht haben. Sie können viele Fragen stellen. Dabei habe ich nicht den Anspruch, alle Fragen beantworten zu können. Ich mache mich gemeinsam mit ihnen auf die Antwortsuche und überlege laut, wie ich dabei vorgehe. Dadurch motiviere zum Mitdenken, was schnell in einen gemeinsamen Prozess mündet, Lösungen und Antworten zu finden.

### **Der Blick in die Zukunft zeigt: Wir brauchen neue Lernwege**

Die Anforderungen am Arbeitsmarkt ändern sich: Google kann fast alle Fragen beantworten und über unsere sozialen Netzwerke müssen wir ständig lernen, Inhalte abzuwägen. Dadurch rücken Kompetenzen wie kritisches Denken, Reflexi-

onsfähigkeit, Problemlösekompetenz, der kompetente Umgang mit Medien, virtuelle und persönliche Kommunikation und Eigeninitiative stärker in den Mittelpunkt als Wissensvermittlung. All diese Kompetenzen erlernen die Schüler\*innen an der IGS-Süd ganz nebenbei.

### **Fazit**

Zusammenfassend ist zu sagen, dass sich unsere Bildungslandschaft und mitten in ihr die IGS-Süd in Frankfurt am Main in einer dringend erforderlichen Transformation befindet. Für diese Transformation braucht es vor allem Vertrauen und Mut: Vertrauen in die (Lebens-)Kraft und Mut, neue Wege zu gehen.

Momentan wird deutlicher denn je, dass neue (Lern-)Wege gegangen werden müssen. Corona zeigt uns einmal mehr, dass wir unfähig sind, mit den Methoden von gestern die Fragen von morgen zu beantworten. Die IGS Süd hat sich auf den Weg gemacht und wagt mit neuen Methoden, die jungen Menschen mit den Kompetenzen auszustatten, die sie brauchen, um die Fragen von morgen anzugehen: Die Schüler\*innen nehmen durch das hohe Maß an Selbstbestimmung im schulischen Alltag lebenswichtige Kompetenzen mit. Sie lernen zu lernen; Fragen zu stellen; Projekte zu planen und umzusetzen; können flexibel reagieren und spüren durch ihre eigene Selbstwirksamkeit im schulischen Kontext, wie wichtig die aktive Beteiligung an demokratischen Prozessen ist. Dies wird sie lebenslang begleiten und zur Teilhabe an der demokratischen Gesellschaft befähigen.

Hier finden Sie Informationen zur Schule: [www.igs-sued.eu](http://www.igs-sued.eu)



## GGG Landesverbände



**Berlin**  
Josefa Erzberger



**Berlin**  
Robert Giese



**Hamburg**  
Anna Ammann



**Hamburg**  
Barbara Riekmann



**Hessen**  
Ingrid Burow-Hilbig



**Niedersachsen**  
Andreas Meisner



**Nordrhein-Westfalen**  
Behrend Heeren



**Schleswig-Holstein**  
Dieter Zielinski

## Berlin

**Josefa Erzberger  
Robert Giese**

### Stellung der Gemeinschafts- schule in Berlin

Eine seltsame Situation in Berlin: Seit vier Jahren regieren drei Parteien, die in ihren bildungspolitischen Beschlüssen die Schule für alle wollen, Inklusion als Ziel anerkennen und der politischen Bildung einen großen Wert zumessen. Der Koalitionsvertrag von 2016 ließ hoffen,

- dass die Regierung aktiv Grundschulen und integrierte Sekundarschulen (ISS) – evtl. auch Gymnasien – ermuntert, sich zu stufenübergreifenden Gemeinschaftsschulen weiter zu entwickeln: „Die Koalition wird die Gemeinschaftsschulen qualitativ und quantitativ weiterentwickeln und ein Förderkonzept erarbeiten, um die Gründung von neuen Gemeinschaftsschulen attraktiver zu machen.“
- dass die Regierung aktiv Schulneugründungen und -neubauten vor allem auf Gemeinschaftsschulen konzentriert: „Die Koalition unterstützt bei notwendigem Schulneubau vor allem die Neugründungen von Gemeinschaftsschulen.“
- dass die Regierung aktiv auch die Gymnasien zu inklusiver Arbeit verpflichtet: „Inklusion betrifft alle Schularten, auch das Gymnasium.“

Die Begründung: „Die Koalition will ein Bildungssystem, das zur Entkoppelung des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft beiträgt.“ Die wissenschaftliche Begleitung zur Einführung der



Gemeinschaftsschulen hatte festgestellt, dass genau dies den Berliner Gemeinschaftsschulen entgegen den Prophezeiungen der Skeptiker in sensationeller Weise gelungen ist.

Was ist daraus geworden? – Knapp formuliert: **“Fast nichts!”**

- Zwar wurde die Gemeinschaftsschule als stufenübergreifende Regelschulart im Schulgesetz verankert, jedoch ohne jede weitere Konsequenz. Ohne das enorme Engagement der Eltern wäre selbst das kaum erreicht worden.
- 2008 hatten sich über 50 Schulen als Gemeinschaftsschulen beworben; heute gibt es 25. In dieser Legislatur kamen bisher gerade drei Schulen hinzu.
- Die Senatorin verhindert die Einrichtung eines Referats für Gemeinschaftsschulen; für deren Grundsatzangelegenheiten ist ein Mitarbeiter zuständig, der Gemeinschaftsschulen für überflüssig hält.
- Obwohl schulgesetzlich verankerte Schulart, war es bis vor kurzem unmöglich, der Senatswebsite eine Liste der Gemeinschaftsschulen unkompliziert zu entlocken: Im System der Schulnummern, sonst säuberlich nach Schularten organisiert, werden die Gemeinschaftsschulen noch immer als Sekundarschulen (ISS) geführt, die 6-jährige Grundstufe wird faktisch unterschlagen. Bei Sitzungen zu Grundstufen-Angelegenheiten werden Gemeinschaftsschulen häufig vergessen.
- Zur Beratung grundsätzlicher Angelegenheiten wurden Gemeinschaftsschulen seit Jahren nicht eingeladen.

Ihre Expertise – das lange gemeinsame Lernen (Jg. 1 - 13) und die höchste Quote (9%) der Inklusion junger Menschen mit sonderpädagogischen Förderbedarf aller Berliner Schulen – interessieren schlicht nicht.

- Konsequenterweise kommt die Gemeinschaftsschule auch in der Schulstatistik praktisch nicht vor.
- 2018 begingen die Berliner Gemeinschaftsschulen ihr zehnjähriges Bestehen. Die Senatorin musste fast genötigt werden, an der Jubiläums-Veranstaltung teilzunehmen. Sie hielt eine etwas seltsame Rede und verließ die Veranstaltung frühzeitig, um an einem Bierabend des Unternehmerverbandes teilzunehmen.
- Erfolge finden keine Würdigung. Weder der Jakob-Muth-Preis der Friedenauer Gemeinschaftsschule 2019, noch das beste Abiturergebnis aller Berliner Schulen (Notendurchschnitt 1,66) an der Wilhelm-von-Humboldt-Gemeinschaftsschule 2020 fanden eine offizielle Erwähnung.
- Die Senatorin wehrt sich auch gegen Weiterentwicklungen, die die Schulstruktur in Bewegung bringen könnten, etwa die Abschaffung des Probejahres an Gymnasien, wie von Den Linken vorgeschlagen. Stattdessen verfolgt sie merkwürdige Qualitätskonzepte, die die Intensivierung von Testverfahren und Klassenarbeiten, andererseits die Abschaffung von MSA-Prüfungen an Gymnasien vorsehen.

Die Arbeit des Schulsenats in den letzten Jahren ist überwiegend vom „Weiter so!“, „Irgendwie wird's schon gehen.“ geprägt. Eine stringente Umsetzung der Koalitionsvereinbarungen sähe jedenfalls anders aus.

### Positive Entwicklungen

Nicht unerwähnt bleiben sollen positive Regelungen, die allen Schulen zugute kommen und damit auch die Gemeinschaftsschulen betreffen:

- Lehrkräfte in Grund- und Sekundarstufe erhalten nun dieselbe Bezahlung. Das hilft den stufenübergreifenden Gemeinschaftsschulen, in deren Kollegien alle gemeinsam arbeiten. Unterschiedlich und ungerecht bleibt die Pflichtstundenzahl in Grund- und Sekundarstufe (28 bzw. 26).
- Die Lehrmittelzuzahlung für Kinder bis zur Jahrgangsstufe 6 wurde aufgehoben; ab Jg. 7 bleibt es bei der bisherigen Regelung.
- Das Mittagessen für Kinder bis zur Jahrgangsstufe 6 ist jetzt kostenlos; ab Jg. 7 muss weiterhin gezahlt werden.

### Qualitätskommission der Senatorin

Anfang Oktober 2020 hat die Qualitätskommission der Senatorin ihre 100-seitigen Empfehlungen veröffentlicht. „Ziel war die Erarbeitung wissenschaftlich fundierter Empfehlungen, wie die Lehr- und Lernprozesse auf den unterschiedlichen Bildungsetappen von der Kita bis zur Lehrkräftefortbildung so gestaltet werden können, dass erfolgreiches fachliches und soziales Lernen stattfindet und gleichzeitig Disparitäten im Bildungssystem reduziert werden.“



Sieben Professoren (Ltg. Olaf Köller, Kiel) und ein Senatsrat (a.D.) tagten elf-mal und führten über 50 Interviews durch. Daneben gab es eine Praxiskommission.

Die Empfehlungen gliedern sich in sechs Handlungsfelder. Ihr Schwerpunkt liegt Überwiegend auf den Sprachen und Mathematik: kognitive Fähigkeiten, Fachdidaktik und Fachunterricht, Standards, Bewertung und Leistungsüberprüfung. Wie "Disparitäten im Bildungssystem" durch die Betonung kognitiver Anforderungen überwunden werden sollen, ohne die milieuspezifische Sortierung der Schülerschaft in den Schulformen ins Auge zu nehmen, bleibt unklar. Zu diesen und weiteren Kritikpunkten – etwa der deutlichen Bevorzugung der Gymnasien – hat der Landesvorstand Berlin Stellung genommen (siehe Rubrik GGGaktiv).

### Und schließlich Corona

Aktuell sollten in der zweiten Januar-Dekade Schulen wieder geöffnet werden und die entsprechenden Anweisungen waren bereits veröffentlicht. Dies geschah trotz der Nachrichten über das Auftreten stärker infektiöser Virus-Mutationen und der Beschlüsse auf Bundesebene tags zuvor. Erst durch den engagierten Protest von Schulen und Eltern bis hin zur Ankündigung der Verweigerung verfügte die Senatorin die weitere Aussetzung des Präsenzunterrichts. Dieser Vorgang hat weit über Berlin hinaus ein Presseecho gefunden.

### Welche Konsequenzen ergeben sich für die GGG-Berlin?

Fast alle aktiven GGG-Mitglieder arbeiten an Gemeinschaftsschulen oder stammen aus Ge-

meinschaftsschulen als korporative Mitgliedern. Die aufkommende Frustration von Kollegien und engagierten Eltern muss überwunden werden. Die Gemeinschaftsschulen Berlins müssen sichtbar werden. Als ein Schritt wurde die „Vereinigung der Schulleiter Berliner Gemeinschaftsschulen in der GGG“ gegründet.

### Wichtige Fragen lauten:

- Wie gelingt es, dass Gemeinschaftsschulen in der Öffentlichkeit stärker als innovative und erfolgreiche Schulart wahrgenommen werden?
- Wie können wir vermeiden, dass Gemeinschaftsschulen und integrierte Sekundarschulen sowie die Grundschulen ihre Unterschiede über die Gemeinsamkeiten stellen und damit tendenziell die Gemeinschaft der Schulen des gemeinsamen Lernens gefährdet wird?
- Wie können wir Sekundarschulen und Grundschulen gewinnen, die Vorteile (stufenübergreifender) Gemeinschaftsschulen zu sehen und den Schritt zur Gemeinschaftsschule zu gehen?
- Wie können wir im Interesse der Gemeinsamkeiten auch integrierte Sekundarschulen sowie die dort Arbeitenden gewinnen, Mitglied in der GGG zu werden?

**Kontakt:**  
[vorstand.BE@ggg-web.de](mailto:vorstand.BE@ggg-web.de)

## Hamburg

**Anna Ammonn**  
**Barbara Riekmann**

### Stadtteilschulen beschreiten neue Wege

Seit Monaten fordert der Landesverband Hamburg von der Politik die Bildung eines **Kompetenzteams** aus pädagogischen Experten, die die Schulen in der jetzigen schwierigen Lage beraten und unterstützen und zudem einen verlässlichen Studienplan mit deutlich mehr Gestaltungsfreiräumen entwickeln. Bisher blieb dieses Unterfangen erfolglos. Mitte Januar 2021 hat die GGG-Hamburg nun einen ersten Schritt getan und 35 Expert\*innen aus Schulleitung, Pädagogen\*innen, Bildungsberatung und Eltern zu einem Austausch zusammen geholt. Das Thema dieses Forums war: Schule als guter Ort – auch in der Pandemie.

Es war beeindruckend zu erfahren, wie stolz die Beteiligten trotz großer Be-/Überlastung auf das sind, was sie derzeit leisten.

Einhellig wurde dargestellt, **dass Schule heute nicht im Normalbetrieb laufen kann**, sondern ganz im Gegenteil gerade neu erfunden werden muss: Große und kleine Entwicklungsschritte finden statt hinsichtlich neuer Lernkultur, Aufgabenstellung, Differenzierungs- und Individualisierungsmodellen, einem alternativen Umgang mit Noten und Abschlüssen.

Die Beteiligten sehen bei aller Not eine Riesenchance für die Weiterentwicklung der Schule von morgen.

Klar war aber auch, dass sie dafür **Zeit und Verlangsamung brauchen:**

für Vernetzung und Austausch über Qualitäts- und Unterrichtsentwicklung, für Coaching und Fortbildung, für Reflexion über Fragen wie:

Was macht die Pandemie mit uns, was haben wir gelernt, was nehmen wir mit für die Zeit nach der Pandemie; wie werden wir den besonders benachteiligten Schüler innen gerecht ...

Deutlich wurde auch, dass der derzeitige Schulbetrieb nicht in das aktuelle **Arbeitszeitmodell** zu pressen ist. Wirklich gute Arbeit kann momentan nur geleistet werden, wenn die Pädagog\*innen viel Mehrarbeit leisten. Gefordert wurde ein Arbeitszeitmodell, das die Schule als lernendes System berücksichtigt, das ausreichend Zeiten für Kooperation der Kolleg\*innen untereinander und für Beratung und Begleitung der Schüler\*innen vorhält.

Eine weitere Forderung ergibt sich fast selbstredend aus den genannten Erkenntnissen und Bedürfnissen:

**Die Schulen brauchen Vertrauen, Handlungsspielräume und Autonomie**, sie vermissen schmerzlich Partizipation, Transparenz und Verlässlichkeit und die meisten beklagen die vorherrschende top-down-Praxis der Behördenleitung und vieler Aufsichtsbeamten.

Die Teilnehmer\*innen des Forums haben die GGG Hamburg gebeten weiterzumachen.

Ein weiteres Forum war für den März vorgesehen. Dabei soll es um einen Austausch über Lernkonzepte und gute Aufgabenformate gehen.

Aber auch dies gilt es weiter zu verfolgen:

In einem **Newsletter** im Januar hat die Schulbehörde Hamburg verkündet, dass in diesem Jahr auf die zusätzlichen Prüfungen zum Ersten Allgemeinbildenden Abschluss verzichtet werden soll, „damit Schülerinnen und Schüler keine Nachteile haben“. Auch eine Reduzierung von Klausuren in der Klassenstufe 10 ist derzeit geplant. Wir nehmen dies als einen ersten Schritt wahr, sich der Problematik der Abschlussjahrgänge an den Schulen zu stellen und freuen uns über diese aktuelle Kurskorrektur.

Bildungssenator Ties Rabe: „Der Vorschlag ist vernünftig, denn die Organisation der zusätzlichen Abschlussprüfungen kostet sehr viel Zeit. Jeder Schüler muss drei Abschlussklausuren und drei mündliche Prüfungen absolvieren, bei knapp 9.000 Schülern sind das über 50.000 Prüfungen.

Diese Zeit wollen wir besser nutzen, um zu lernen und Versäumtes nachzuholen.“

**Kontakt:**  
[vorstand.HH@ggg-web.de](mailto:vorstand.HH@ggg-web.de)

## Hessen

### Ingrid Burow-Hilbig

Der Landesvorstand Hessen hat sich neu organisiert. Da fast alle Mitglieder noch im aktiven Schuldienst sind, wurden die Aufgaben neu verteilt, um Anliegen der GGG neben den beruflichen Herausforderungen nicht aus dem Blick zu verlieren. Für bestimmte Themenbereiche gibt es Verantwortliche, die meist in Tandems arbeiten. Der Austausch darüber findet in gemeinsamen Sitzungen in Präsenz- aber auch online statt.

Bekanntes und Bewährtes soll fortgeführt werden, jedoch an die jeweilig geltenden Möglichkeiten und Bedingungen angepasst werden.

Dazu gehören:

- das **IGS-Forum** für die inhaltlich-konzeptionelle Arbeit
- die Reihe **Neue an der IGS** für neu in der IGS tätigen Kolleg\*innen
- die **Schulleitungstagung** als Kommunikationsplattform auf Leitungsebene

### GGG - Positionspapier

Unser Positionspapier mit den Schwerpunkten: „Inklusive Bildung – ein Menschenrecht, Lernen als individueller Prozess, Bildungsstandards als Mindeststandards, Eigenverantwortliche Schule, Ganztätig arbeitende Schule und Gelingensbedingungen“ ist immer noch aktuell. Wir ergänzen es um das Thema „Digitalisierung“.

Zu finden ist es auf der Homepage der GGG Hessen.

### Institut Beatenberg (Schweiz)

Unsere bewährte Tagung wird im Herbst wieder durchgeführt. Geplant ist die Tagung vom 11. bis 14. Oktober 2021. Neu ist zunächst ein Besuch in der Alemannenschule in Wutöschingen. Danach wird die Tagung im Institut Beatenberg fortgesetzt. Dort stellt Sandro Müller, der Leiter von Beatenberg, die Arbeitsweise des Instituts vor. Während der Tagung haben die Teilnehmer\*innen Zeit, an den mitgebrachten Arbeitsaufträgen/Konzepten für die eigene Schule zu arbeiten.

► Informationen und Anmeldungen sind ab sofort möglich bei: [IngridBurowHilbig@ggg-web.de](mailto:IngridBurowHilbig@ggg-web.de)

### Zusammenarbeit mit dem Elternbund Hessen (ebh)

Nach einem Kooperationstreffen im November 2019 haben wir unsere Zusammenarbeit mit dem Elternbund Hessen intensiviert und gemeinsam die Broschüre „Länger Gemeinsam Lernen“, Informationen für Grundschulleitern der 4. Klasse, überarbeitet und neu aufgelegt.

### Kontakt:

[geschaefsstelle.HE@ggg-web.de](mailto:geschaefsstelle.HE@ggg-web.de)

### Eric Weitalla

Wir, der hessische Landesvorstand, trauern um Eric, der am 28.12.2020 im Alter von 68 Jahren verstorben ist.

Er war zuletzt Schulleiter an der Helene-Lange-Schule in Wiesbaden und bis 2018 als Vorsitzender in unserem Vorstand aktiv.

## Niedersachsen

### Andreas Meisner

#### „Neuer Vorstand im Landesverband Niedersachsen“

Auf der Mitgliederversammlung am 17.09.2020 in den Räumen der IGS Peine wurden für den Landesvorstand folgende Mitglieder gewählt: Andreas Meisner (Landesvorsitzender), Raimund Oehlmann (stellv. Landesvorsitzender), Astrid Budwach, Ulla Pleye, Sven Schickerling, Susanne Pavlidis, Claudia Berger, Ulrike Marx, Knut Engeler. Da die Mitgliederversammlung unter besonderen Hygienebedingungen stattfinden musste, konnte der sonst an die Versammlung gebundene Fachtag mit thematischen Workshops leider nicht stattfinden.

#### „Corona“

Auch in Niedersachsen stehen natürlich die meisten Aktivitäten unter dem Vorzeichen der Pandemie. In diesem Zusammenhang bringt die GGG die Sichtweisen der Gesamtschulen in die regelmäßig und zurzeit meist monatlich tagende Runde der Verbände mit dem Kultusminister ein. Hinsichtlich der Aspekte gebundener Ganztags, Bänderung von Fächern wie zweite Fremdsprache und weiteren Organisationsaspekten konnte die GGG auch die Gesamtschulinteressen in den kontinuierlich überarbeiteten Hygienerahmenplan des Landes einfließen lassen. Bei der Aussetzung der Abschlussprüfungen war die GGG leider noch nicht erfolgreich. Die kontinuierliche und meist offene Diskussionsrunde mit dem Minister hat zusammen mit allen anderen Verbänden zu einem seit Monaten

konsensualen, inzidenzbezogenen Rahmenplan für schulisches Handeln geführt, der Verlässlichkeit in Abhängigkeit von der Pandemieentwicklung zulässt. Niedersachsen war und ist allen anderen Bundesländern in dieser Hinsicht schon seit längerem weit voraus. Die spontanen Beschlüsse der Ministerpräsidenten und anderer Kultusminister\*innen bringen diesen klar strukturierten Plan leider immer wieder durcheinander.

#### „50 Jahre“

Planung „50 Jahre Gesamtschule in Niedersachsen“: Festveranstaltung am 21.9.2021 in der IGS Langenhagen. 1971 gingen folgende Gesamtschulen in Niedersachsen „ans Netz“: IGS Langenhagen (Langenhagen/Hannover), Robert-Bosch-Gesamtschule (Hildesheim), Wilhelm-Bracke-Gesamtschule (Braunschweig), KGS Schinkel (Osnabrück), IGS Linden (Hannover), Heinrich-Nordhoff-Gesamtschule (Wolfsburg), IGS Garbsen (Hannover), IGS Fürstentau (Fürstentau). Die Festveranstaltung wird mit der GEW Niedersachsen gemeinsam weiterhin geplant und hoffentlich auch durchgeführt werden können.

#### Gesamtschülerlass

Unter intensiver Mitwirkung der GGG wurde ein neuer Erlass zur Arbeit in der integrierten Gesamtschule erarbeitet. Wesentliche Neuerungen sind die Festschreibung von Lernentwicklungsberichten bis einschließlich des 8. Schuljahrgangs (ohne Zeugnisnoten) und die Weiterführung der klassenbezogenen Differenzierung ohne äußere Fachleistungsdifferenzierung bis zum Ende der Sekundarstufe I (10. Schuljahrgang – bislang nur

bis einschließlich des 8. Schuljahrgangs). Die GGG interveniert regelmäßig, dass der Erlass umgehend in Kraft tritt, denn es bedarf Vorarbeiten an den Gesamtschulen.

### **Inklusion**

Das Beförderungsamt Inklusion ist leider noch nicht umgesetzt. Die GGG interveniert in dieser Richtung und für eine umfassende Funktionalität sogenannter „Regionaler Zentren Inklusion“ im Rahmen einer Anhörung des Niedersächsischen Landtages und eine Einbeziehung aller Schulformen in inklusives Handeln, also auch Gymnasien und Realschulen.

### **Netzwerkarbeit**

Die Netzwerkarbeit ist coronabedingt etwas ins Stocken geraten. Schwerpunkte der Arbeit sind weiterhin u.a. die Themen „Markenkern der Gesamtschule in Niedersachsen“, „Inklusion“, „Schulentwicklung“, „Beratung von neu gegründeten Gesamtschulen“.

### **Kontakt:**

**geschaeftsstelle.NI@ggg-web.de**

## **Nordrhein-Westfalen**

### **Behrend Heeren**

#### **AKTIVITÄTEN IN ZEITEN VON CORONA**

##### **Aktivitäten auf Landesebene**

Die GGG NRW hat seit Beginn der Pandemie teilweise eigene Stellungnahmen und in der Mehrzahl gemeinsame Stellungnahmen und Pressemitteilungen mit Elternverbänden aus NRW und dem Elternverband der integrierten Schulen (LEIS), der Schulleitungsvereinigung der Gesamtschulen und Sekundarschulen (SLVGE NRW) und der GEW, teilweise auch mit dem VBE und der schulformungebundenen Schulleitungsvereinigung gemacht.

Besonders der Austausch mit den zahlreichen, recht unterschiedlichen Elternverbänden war intensiv und beanspruchend. Da die GGG NRW auf Landesebene anerkannter Elternverband ist, sind wir bei den zahlreichen Videokonferenzen vom MSB mit der Ministerin auf zwei Ebenen einbezogen gewesen.

Inhaltlich haben wir uns schon im Frühjahr letzten Jahres zusammen mit den meisten Elternverbänden und der GEW für mehr Unterrichtsvarianten (Plan B und C etc.) eingesetzt, die auch Wechselunterricht mit konstanten Gruppen beinhalten. Das stieß im Ministerium und bis zum zweiten Lockdown auch bei den Schulleitungsverbänden auf Ablehnung.

Aktuell haben wir den Distanzunterricht bis zum 15.02. befürwortet und einen auf die Abschlussjahrgänge beschränkten Prä-

senzunterricht abgelehnt. Bei den zentralen Prüfungen fordern wir eine große Variabilität für die Schulen. Damit ist der zentrale Aspekt, wie schon im letzten Jahr, inhaltlich „nur“ noch Etikette. Dieses Label schien uns aber in den vielen Gesprächen mit den Elternverbänden und der Landes-SV für Eltern und Schüler sehr wichtig zu sein.

##### **Arbeit in den LV-Gremien**

Den für März 2021 geplanten Landeskongress und die daran angelegte Mitgliederversammlung haben wir auf den November 2021 verschoben. Während wir die Sommersitzung des Landesvorstandes noch in Präsenzform, allerdings in der Mensa der GE Bockmühle, durchgeführt haben, fand die letzte turnusmäßige LV-Sitzung in Form einer Videokonferenz statt. Daran nahmen immerhin 26 Personen teil. Und dank einer hohen Konferenzdisziplin und mit technischer Unterstützung einer Kollegin aus unserem Fortbildungsträger konnten wir, anders als manchmal in Livesitzungen, den Zeitrahmen halten. Gleichwohl sind Videokonferenzen eine gute Ergänzung, aber kein vollständiger Ersatz.

##### **ISA (Integrierte Schulen Aktuell)**

Wichtig war, dass wir trotz Corona unsere letzte ISA-Ausgabe im Jahr mit dem Sonderteil der Abituruntersuchung fristgerecht versenden konnten. Wir stellen immer wieder fest, dass die Schulen die GGG NRW mit der ISA verbinden. Daneben nehmen auch Funktionsträger in der Politik, in der Gewerkschaft und in der Schulaufsicht Bezug auf Artikel in der ISA. Traditionell erhalten alle integrierten Schulen aus Werbezwecken die letzte Ausgabe der ISA im Jahr. Ärger-



lich ist, dass wir die darauf fußende Ansprache an Schulen, Mitglied in der GGG zu werden, mit Rücksicht auf die hohen Belastungen der Schulen und speziell der Leitungen erst wieder angehen können, wenn halbwegs normale Zustände herrschen.

Wir freuen uns, dass die Abiuntersuchung zusammen mit zwei weiteren Artikeln als Sonderheft der „Die Schule für alle“ erscheinen wird.

### Arbeitskreise

Leider mussten wegen Corona unsere derzeitigen Themenschwerpunkte Schulen mit Teilstandorten und Neugestaltung der Oberstufe ruhen.

Auch die Erstellung der **VIS** (*Verzeichnis der integrierten Schulen*) gestaltet sich schwieriger als üblich.

### Sozialindex

Ein durchgängiger inhaltlicher Schwerpunkt der letzten zehn Jahre, nämlich der schulscharfe Sozialindex, bekam durch die Landesregierung Aktualität. Hierzu wurde vom MSB Prof. Schröppler von der Uni Bochum beauftragt, ein methodisches Konzept zu entwickeln. Rainer Dahlhaus und Werner Kerski haben sich intensiv mit dem methodischen Ansatz beschäftigt und sich u. a. mit Prof. Schröppler selbst ausgetauscht. Neben unserer Kritik am methodischen Vorgehen des MSB, was nicht durch Prof. Schröppler selbst bedingt ist, ist mittlerweile zu befürchten, dass durch die Einführung des neuen Sozialindexes die Gesamtschulen weniger sozialindexgesteuerte Stellen erhalten werden als bislang. Die Landesregierung plant keine weiteren Stellen für den Bereich Sozialindex ein, sondern verteilt die bisherigen Stellen

um. Da man das u.a. nach dem grundsätzlich einleuchtenden Prinzip vornimmt, dass eine Frühförderung am effektivsten ist, werden die sozial schwachen Grundschulen stärker gefördert und da die Stellen nicht erhöht werden, erhalten die weiterführenden Schulen weniger. Wenn diese politische Strategie durchgehalten wird, haben wir mit unserer Forderung nach einem schulscharfen Sozialindex unter der Überschrift „Ungleiches ungleich behandeln“ einen Pyrrhussieg errungen.

#### Kontakt:

[kontakt.nrw@ggg-web.de](mailto:kontakt.nrw@ggg-web.de)

## Schleswig-Holstein

### Dieter Zielinski

#### 50 Jahre Gesamt-/Gemeinschaftsschulen

Im Sommer 1971 nahm mit der IGS Neumünster-Brachenfeld die erste Gesamtschule in Schleswig-Holstein ihren Schulbetrieb auf. Nach 50 Jahren ein Grund zum Feiern, wäre da nicht Corona. Eine Vorbereitungsgruppe der Schule hatte bereits im vergangenen Jahr mit großem Enthusiasmus ihre Arbeit aufgenommen. Jetzt hat sie ihre Arbeit erst einmal auf Eis gelegt und die Feier auf das Jahr 2022 verschoben. Schade!

#### 50 Jahre

#### Gesamt-/Gemeinschaftsschulen in Schleswig-Holstein sind aber auch eine Erfolgsgeschichte.

Von anfangs vier Versuchsschulen ist die Anzahl der Schulen des gemeinsamen Lernens, heute unter dem Namen Ge-

meinschaftsschule, auf 181 angewachsen. Wie sich diese Entwicklung vollzogen hat und warum wir noch lange nicht am Ziel angekommen sind, werden wir in einer Jubiläumsschrift, die im Frühherbst dieses Jahres erscheinen soll, dokumentieren.

#### Corona und kein Ende

Nach den Sommerferien treffen wir uns wieder, dann ist alles wie früher und der Spuk endlich vorbei! Wer dies glaubte, lag völlig daneben. Dass wir uns dann so intensiv weiter mit den Auswirkungen der Pandemie auf unsere Schulen beschäftigen mussten und immer noch müssen, hatten wir nicht erwartet. Über diverse Presseinformationen (siehe: <https://www.ggg-web.de/sh-aktuell>), Teilnahme an einer Expertenanhörung im Landtag sowie auch in direkten Ansprachen gegenüber dem Bildungsministerium und der Bildungsministerin haben wir versucht, unseren Positionen Gehör zu verschaffen. Zu großem Protest, nicht nur von uns, führte die extensive Auslegung der von den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder sowie der Bundeskanzlerin vereinbarte Ausnahmeregelung vom Dezember 2020 für die Unterrichtung von Abschlussklassen. Das Vorhaben des Bildungsministeriums, alle Abschlussjahrgänge vollständig nach Stundentafel und Stundenplan in Präsenz zu unterrichten, musste daraufhin sehr schnell revidiert werden. Ministerin Prien lenkte ein und gewährte den Schulen Freiräume bei der Vorbereitung der Klassen auf die Abschlussprüfungen.

#### Kontakt:

[DieterZielinski@ggg-web.de](mailto:DieterZielinski@ggg-web.de)



## Projektvorstellung a u l a



Marina Weisband

### Marina Weisband

**aula** - so nennt Marina Weisband, Jahrgang 1987, Diplompsychologin, ihr Bildungsprojekt für „zeitgemäße, digitale und politische Beteiligung“, dass sie 2014 konzipiert hat und seit 2016 in Schulen und anderen Jugendorganisationen durchführt.

## Buchbesprechungen



Lothar Sack  
Redaktion

### Lothar Sack Konstanze Schneider

haben sich anstelle einer klassischen Rezension auf ein Gespräch eingelassen über das Buch von Harald Lesch und Ursula Forstner: **Wie Bildung gelingt...**



Konstanze Schneider  
Redaktion

### Konstanze Schneider

Eine Leseempfehlung. „Was ist das Wichtigste, das man in der Schule lernen kann? Fehler machen. Denn dann wächst das Gehirn.“



Gerd-Ulrich Franz  
ehem. Vorsitzender der GGG

### Gerd-Ulrich Franz

Gerald Hüther und seine Mitautoren stellen sich die grundsätzliche Frage nach der Funktion von Schule für eine zukunftsfähige Bildung. Die Antwort sehen sie nach wie vor nur in einer radikalen Änderung der traditionellen Praxis.



# ausdiskutieren und life abstimmen

## Ein Beitrag zur Demokratie Erziehung

### Konstanze Schneider

**Ich hatte die Gelegenheit mit Marina Weisband zu sprechen und mit ihr auf ihre mehr als 6-jährigen Erfahrungen zu schauen.**

Als junge politisch interessierte Frau trat Frau Weisband 2009 der Piratenpartei bei und machte dort die Erfahrung, dass junge Menschen in der Schule wenig oder gar nicht auf die Teilhabe an demokratischen Prozessen in unserer Gesellschaft vorbereitet werden. „Demokratie muss man nicht nur wollen, sondern auch können. Das vermittelt Schule viel zu wenig.“ (Marina Weisband)

Auch die Nutzung der digitalen Medien ist nach ihrer Einschätzung immer noch ein Stiefkind im schulischen Curriculum, was sich aktuell deutlich in der pandemiebedingten Teilschließung der Schulen zeigt.

Aus diesen beiden Erkenntnissen erwuchs die Idee zu ihrem Projekt „aula“, dessen Konzept sie 2014 entwickelte. Ein Bildungsprojekt, „das alle Beteiligten innerhalb einer Organisation einschließt und ihnen mithilfe einer Online-Plattform ermöglicht, aktiv ihre eigene Organisation (Regeln, Raumgestaltung, Veranstaltungen etc.) mitzugestalten. Dabei befähigt aula junge Menschen durch aktive Demokratie-Praxis dazu, ihre eigene Umgebung zu verändern und Kompetenzen wie Kommunikation, Kollaboration, Kreativität und kritisches Denken zu erwerben.“ (Konzept aula unter: [aula-blog/website](#)) Durch die Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung entstand die Kooperation mit dem Verein politik-digital.e.V. als Trägerverein. Inzwischen wird das Projekt unterstützt von der Bundeszentrale für politische Bildung, dem Bundes Familienministerium, dem IBB, dem Jugend Demokratie Fond, Openion und einigen anderen.

Im Rahmen von aula findet demokratisches Lernen durch demokratische Praxis statt. Kinder und

Jugendliche erleben ihre Selbstwirksamkeit und Eigenverantwortung für sich und andere real, indem sie in der „Wilden Ideen Phase“ Themen äußern und online sammeln, an denen sie arbeiten wollen. Nachdem die jeweilige Schule mit der Schülerschaft und der Schulkonferenz einen Vertrag geschlossen hat, sind alle Schülerinnen und Schüler gleichberechtigt beteiligt, auch mögliche körperliche und psychische Einschränkungen bei Kindern und Jugendlichen werden beim Procedere mitgedacht. In der „Ausarbeitungsphase“ werden Themen und Ideen, die Unterstützung bei anderen gefunden haben, ausgearbeitet und für die Genehmigung durch die „Prüfkommission“ vorbereitet. Nach der Freigabe durch die „Prüfkommission“, d.h. für Schulen ist das die Schulleitung oder ein anderes im Vertrag festgelegtes Gremium, erfolgt die endgültige „Abstimmungsphase“, an der alle Teilnehmenden beteiligt werden. (siehe Grafiken auf Seite 44)

*Marina Weisband:  
„Schule ist letztlich  
ein autoritärer Ort“.*

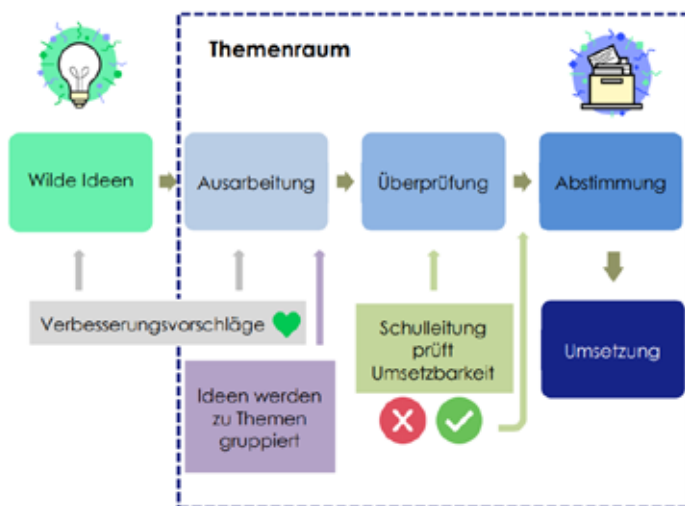
### Demokratieerfahrung in der Schule prägt für die Zukunft

Den Prozess in der Institution steuern sog. Moderatoren und Moderatorinnen, von aula ausgebildete Lehrkräfte, Pädagogen und pro Klasse zwei Schülerinnen bzw. Schüler. Die einzelne Schule gestaltet ihren aula-Prozess gemäß der eigenen Schulkultur: aula-Stunde im Stundenplan, aula im Klassenrat als fester Bestandteil, aula als Teil eines Unterrichtsfaches.

Kosten entstehen der Schule nur für das hosting der Online-Plattform, falls dies in Anspruch genommen wird. Alle begleitenden Materialien, die Nutzung der Online-Plattform und des aula-Konzeptes sind kostenfrei.

Offiziell sind nach der Pilotphase mit 4 Schulen ab 2016 aktuell 12 Schulen im aula-Prozess aktiv. Da das Konzept und die Materialien online zur





### Zur weiteren Information:

Schulen, die sich für aula interessieren, melden sich unter: **info@aula.de** oder **030-9700-5486**

Hier finden Sie Informationen zu aula:  
**aula-blog website/was-ist-aula**

Es werden Paten gesucht, die sich schulen lassen und die Schulen bzw. Organisationen im aula-Prozess begleiten und unterstützen. Kontakt kann wie oben angegeben aufgenommen werden.

Ein interessantes Interview mit **Marina Weisband** finden Sie hier:

Berliner Zeitung vom 8.12.2020 Gunter Becker im Gespräch mit Marina Weisband: „Schule ist letztlich ein autoritärer Ort“.

Verfügung stehen, gibt es laut Frau Weisband eine „hohe Dunkelziffer“, was aber durchaus erwünscht ist. Sie nennt u.a. folgende Projekte, die in Schulen erfolgreich umgesetzt wurden:

- Veränderung der Hausordnung
- Begrünungsaktionen
- Innovation im Unterricht durch Smartphone-nutzung: Die Schülerschaft einer Schule in Freiburg hat mit aula durchgesetzt, dass sich das Kollegium im online-Unterricht fortgebildet und der Unterricht mit Smartphones eine neue Dimension erhalten hat

Marina Weisband sieht im Vergleich zu den bekannten Schülermitbestimmungsformen folgende Vorteil im aula-Prozess, den sie selbst als „Einstiegsdroge“ für zukünftige aktive Beteiligung in der Demokratie bezeichnet, durch:

- Beteiligung einer sehr hohen Zahl von Schülerinnen und Schülern
- Motivation durch digitale Unterstützung
- Transparenz und Niederschwelligkeit der Beteiligung
- Demokratieerfahrung durch verschiedene Stufen der Beteiligung

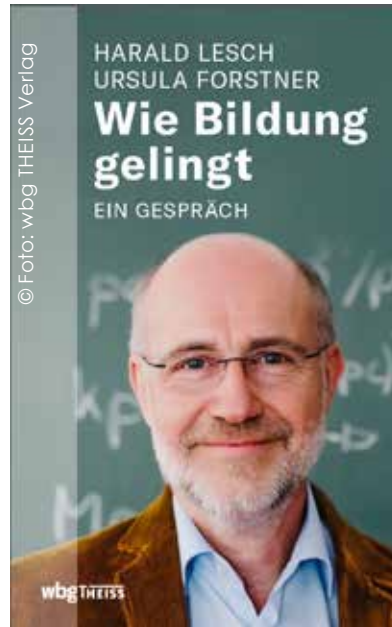
Ihre 6-jährige Erfahrung mit dem Projekt aula und mit den Rückmeldungen aus den Schulen fasst Marina Weisband so zusammen: „Durch aula verändert sich die Rolle der Schüler und Schülerinnen grundlegend: von Konsumenten werden sie zu Gestaltern ihres Umfeldes. Das hat Auswirkungen auf das System Schule, wenn Betroffene zu Beteiligten werden. Sie machen die Erfahrung, wie sie erlernte Abläufe und erworbene Werkzeuge erfolgreich im demokratischen Prozess für die Realisierung ihrer Ideen und Projekte nutzen können. Das bereitet sie auf die gesellschaftliche Teilhabe vor.“

# Wie Bildung gelingt

Harald Lesch, Ursula Forstner: **Wie Bildung gelingt – Ein Gespräch**

**Lothar Sack  
Konstanze Schneider**

**Vier philosophische Menschen (Ursula Forstner, \*1966; München/ Harald Lesch, \*1960, Astrophysiker u.a.; München/ Wilhelm Vossenkuhl, \*1945, Philosoph; München/ Alfred North Whitehead, \*1861, +1947, Mathematiker und Philosoph; Harvard) unterhalten sich darüber, warum wir gebildete Menschen brauchen und was einen gebildeten Menschen ausmacht, wie man ein gebildeter Mensch wird und wie Schule funktionieren müssten, damit das endlich gelingt.**



„Ich weiß, es wird Sie schockieren, aber ich habe mein Abitur an einer hessischen Gesamtschule gemacht.“  
So fange ich oft meine Vorträge an, vor allem in Bayern. (...)“

**Harald Lesch** beginnt mit diesen Worten sein Grußwort, das er seiner Theo-Koch-Schule in Grünberg (Hessen) zum 50. Geburtstag gewidmet hat. Und dann folgt (fast) eine Liebeserklärung an seine alte Schule und die Pädagogen, die er dort erlebt hat. Er hat das Grußwort in das Buch aufgenommen.

Von der Gesprächsform des Buches haben wir uns anregen lassen – und mischen uns, anstelle einer klassischen Rezension, in den Diskurs um die gelingende Bildung ein.“

**Lothar:** Starker Tobak, den Lesch & Co den Lesern zumuten: Abschaffung von Noten und Prüfungen, Entschulung von Schule – und Uni, Reduzierung der Zahl der Schulfächer, Rauswerfen etablierter Unterrichtsinhalte, Verstehen statt Pauken, Vielfalt als Prinzip, .... Viel bleibt nicht übrig vom Kern der bisherigen Schule.

**Konstanze:** Eigentlich aber doch auch alte Hüte: Comenius, Pestalozzi, Humboldt, Diesterweg, Tews, Wegscheider, Oestreich, Karsen, Wagenschein, Kerschensteiner, Petersen, Siemens, Montessori, Freinet, ....

**Lothar:** Und Leute von heute nicht vergessen: Hüther, Precht, Spitzer. Aber richtig *Mainstream* sind die (bisher) nie geworden. Jedenfalls funktioniert die große Mehrheit der Schulen noch immer nach traditionellem Muster.

**Konstanze:** Das sieht man ja auch an der öffentlichen Wahrnehmung der Schulen, die es anders machen oder wenigstens versuchen: Sie räumen zwar Schulpreise ab, finden in der Breite aber kaum Anerkennung als Vorbild und werden häufig sogar von Vorgesetzten zurückgepfiffen, ... wenn sie nicht prominent genug sind. Also doch starker Tobak!

**Lothar:** Den braucht man auch, wenn man dicke Bretter bohren will.

**Konstanze:** Na, dann 'mal der Reihe nach: Ich habe mich beim ersten Lesen des Buches z.B. gefragt, was hat hier ein Mathe-





matik- und Philosophieprofessor, im 19. Jahrhundert geboren, zu suchen? Von Alfred North Whitehead hatte ich bisher noch nicht gehört, beim genauen Hinschauen und Lesen wird schnell klar: Der gehört hierher, denn er ist absolut modern in seinen Ansichten zu Lernen und Bildung.

**Lothar:** Whitehead, in Mathematikerkreisen eher bekannt, gehört in die Reihe der Philosophen/Pädagogen, die jeden jungen Menschen ernst nehmen und sie nicht als unmündige Objekte, sondern als lernende Subjekte sehen und vor allem ihnen auch beim angeleiteten Lernen ihre Selbstbestimmung nicht nehmen wollen.

**Konstanze:** Eines seiner erzieherischen Gebote gefällt mir besonders gut, spricht mir regelrecht aus meinem Lehrerinnenherzen: „**Weniger ist mehr!**“ Damit meint er, dass die Fächerflut in den Schulen eingedämmt werden und dass das, was unterrichtet wird, gründlich behandelt werden muss; es muss im Wortsinne „begriffen“, also von allen Seiten betrachtet und angefasst werden. Er kommt in diesem Zusammenhang auch noch mit dem altmodischen Begriff der „Kultiviertheit“ daher, damit aus dem gründlich Gelernten eine geistige Aktivität wird, die letztendlich zur Selbstentwicklung der Lernenden führt. Dahinter steckt bei Whitehead die tiefe Überzeugung von Kindern als lebendigen Wesen, die nicht wie tote Gefäße gefüllt werden können.

**Lothar:** Ich kann mich der Auffassung „Weniger ist mehr!“ sofort anschließen und ergänze mit Whitehead „Ja, weniger, aber das dafür gründlich!“ Das gilt, insbesondere wenn man bedenkt, wie viel –

richtiger wie wenig von dem vielen Unterrichteten über die Klassenarbeit hinaus gewusst wird oder gar nachhaltig wirkt. Und häufig „steht“ das erworbene Wissen „nutzlos in der Gegend herum“ und trägt damit kaum zur Bildung bei: Eine These des Buches ist „Bildung ist die Kunst, sich Wissen nutzbar zu machen“. Dahinter steckt die Idee, dass etwas verstanden sein muss, um angewendet werden zu können; bloßes Wissen ist nicht Verstehen, von „Kultiviertheit“ ganz zu schweigen. Für Whitehead ist „ein bloß informierter Mensch (...) der nutzloseste Langweiler auf Gottes Erde“. Übrigens Dank an Ursula Forstner. Ohne ihre Übertragung der etwas „ältlichen“ Sprache hätte es Whitehead schwerer, heute verstanden zu werden.

**Konstanze:** Dein Bild von dem „nutzlos in der Gegend herumstehenden Wissen“ ist treffend und motiviert mich darüber nachzudenken, welches denn das nutzbringende Wissen ist, wofür es genutzt und wie es verankert werden soll?

Bei der Reduktion und Konzentration auf das „Wenige“ muss es eine Auswahl geben: Was bietet die Schule an Wissen an? Aber wer entscheidet darüber? Das Curriculum muss aus einer Auswahl bestehen, an der das verankerte Lernen und Wissen geübt wird. Es muss die Möglichkeit geben, je nach den Erfordernissen des einzelnen Lernenden auszuwählen. Auch das „Wie lerne ich am besten?“ wird nach meiner Erfahrung oft nicht berücksichtigt.

Als Pädagogin ging es mir darum, tatsächliche Lernerfahrungen mit anderen und zusammenhängendem Forschen zu ermöglichen, damit bei den Kindern und Jugendlichen Lernen und Bildung statt-

finden konnte. Eine selbst geplante Frankreichfahrt mit der realen Begegnung mit der französischen Sprache und Kultur wiegt viele 45 Minuten-Einheiten auf.

Das ist Lernen in Zusammenhängen, mit Kopf, Herz und Hand, exemplarisches Lernen und wie es immer genannt wird.

Was sagt eigentlich Whitehead dazu? Meint er das mit der Begegnung mit dem „prallen“ Leben?

**Lothar:** Die Begegnung mit dem „prallen“ Leben nennt Whitehead – wieder alttümelnd – die „Romantische Phase“. Er sieht den Bildungserwerb in Zyklen, die aus drei Phasen bestehen: „Romantische Phase“, „Phase der Präzision“, „Phase der Verallgemeinerung“. In der Romantischen Phase sollen möglichst viele, individuell verschiedene Informationen, Eindrücke, Erfahrungen gesammelt werden. Das „Staunen“ über die Phänomene steht im Vordergrund. In der „Phase der Präzision“ werden diese dann reflektiert, geordnet, dafür geeignete Begriffe gesucht und geformt und Zusammenhänge festgestellt. Das ist bei Whitehead eine möglichst kurze, aber disziplinierte Lernphase. Es schließt sich wieder eine stark selbstgesteuerte „Phase der Verallgemeinerung“ an, in der die neu erworbenen Erkenntnisse angewendet werden und sich bewähren müssen. Dem kann sich dann wieder eine neue „Romantische Phase“ anschließen. Eigentlich wird hier ein Wechsel von induktivem und deduktivem Lernen beschrieben und im Kern ist es wissenschaftliches Arbeiten: Problem oder Frage – Hypothese – Bestätigung bzw. Widerlegung der Hypothese. Für die Phase der Präzision benutzt Whitehead noch ein anderes Bild: Vom festen Boden



der Tatsachen startet ein Flug in „die dünne Luft der Abstraktion und Theorie“. Dieser Flug verschafft Überblick. Es bedarf aber wieder der Landung und der Vergewisserung, dass man sich nicht verfliegen hat, also der Überprüfung seiner Vermutungen und das ist nur mit dem Sammeln neuer Fakten auf festem Boden möglich.

**Konstanze:** Mit deinem Hinweis auf die drei Phasen des Lernens bei Whitehead und mit seinem Bild vom Fliegen und der Landung gibst du mir inspirierende Stichworte. „Die Romantische Phase“ sehe ich als sehr individuelles Sammeln von Informationen, Wissen und Erfahrungen des einzelnen Lernenden. Wie ist das aber in der Phase der „Präzision“? Braucht da der einzelne nicht den gemeinsamen „Flug“, d.h. den Austausch mit anderen Lernenden zur sozialen-gesellschaftlichen Erdung und Überprüfung des Erworbenen? Aus meiner Erfahrung und Überzeugung gelingen Lernen und Bildung nur im Austausch mit anderen, mit denen ich diskutiere, streite, abwäge, ringe. Die „anderen“ sind gleichaltrige Mit-Lernende und erwachsene Lernbegleiter, wie heute in einigen Schulen die Lehrerinnen und Lehrer bezeichnet werden. Ich finde, das ist ein sehr treffender Begriff, da er die Lernenden als aktiv tätige und beteiligte Individuen sieht – ganz im Sinne Whiteheads übrigens. Gehen wir da jetzt zu weit?

Ginge Whitehead und geht Harald Lesch mit dieser Sicht auf Lernen mit? Wie sehen sie das aktive, selbstbestimmte Lernen im sozialen Kontext als Vorbereitung und erste Erfahrung für die Teilnahme an einer demokratischen Gesellschaft? Und welchen organisatorischen Rahmen würden sie diesem Lernen geben?

**Lothar:** Zunächst gehen die Autoren, wie schon erwähnt, mit ihren pädagogischen Konsequenzen ja selbst ziemlich weit. Und wenn Harald Lesch lobend von seiner alten Schule spricht, sind die erlebten Lehrer eher „Lern-Coaches“ als „Stoffhuber“. Deine Fragen berühren Probleme, die auch für mich offen oder unerörtert bleiben. Ich hätte mir noch die eine oder andere „Landung“ à la Whitehead gewünscht. Außer einer Schärfung der Begriffe „Lernen“ und „Lehren bzw. Unterrichten“ sind das:

- Lernen als nicht nur individueller Prozess
- Bildung als Gelingensbedingung von Demokratie
- demokratietaugliche Schule

Klar, Lernen ist ein höchst individueller Prozess – jeder Kopf ist anders. Und unsere Gleichschrittsschule ist weit entfernt davon, der Individualität der Lernprozesse gerecht zu werden. Aber das ist nur die halbe Miete: Lernprozesse finden statt in einem Spannungsfeld zwischen den Polen "individuelle Entwicklung" und "soziale Eingebundenheit", selbst da, wo explizite Anleitung fehlt. Beispiel: der von Whitehead angeführte "Muttersprach-Erwerb". Der soziale Bezug – „Mutter“ – steckt schon in der Bezeichnung des Phänomens. Trotzdem bleibt bei mir der Eindruck, dass die Autoren vorzugsweise in der individuellen Ecke dieses Spannungsfeldes bleiben. Auch in der Dimension von Selbst- und Fremdbestimmung wird dieses Spannungsfeld nicht genügend ausgeleuchtet. Und wo soziale Bezüge beim Lernen angesprochen werden, gibt es sie vorzugsweise zwischen Lehrer/Erwachsenem und Schüler. Das betrifft auch Leschs Beschreibung seiner Schulerlebnisse.

**Konstanze:** Uns beschäftigt in diesem Heft die Frage nach der Beziehung von Schule und Demokratie. Hier hat das Buch einige Botschaften, aber reichen die? In der Einleitung werden viele hehre Gründe für eine gute Bildung angeführt: "Zu einer erfolgreichen Demokratie gehören moralisch handelnde, aufgeklärte Individuen, mit anderen Worten: gebildete Menschen. Deswegen halte ich das Thema Bildung für eines der wichtigsten Themen, die es gibt." (S.14)

**Lothar:** Bildung ist sicher eine Gelingensbedingung für Demokratie. Es wäre gut gewesen, wenn das Buch auf den Zusammenhang von individueller Bildung und dem Gelingen von Demokratie ausführlicher eingegangen wäre. Eine Automatik kann man angesichts der gesellschaftlichen Entwicklungen im 20. Jahrhundert leider nicht unterstellen.

Ja und dann fehlt mir die „Landung“, die sich mit der demokratie-gemäßen, demokratie-stiftenden Schule als Institution beschäftigt. Bildung aller hat für das Funktionieren von Demokratie eine Schlüsselstellung; muss dann nicht auch Demokratie Bestandteil der Bildung sein? Hierzu fehlen mir Überlegungen, die nicht nur die individuelle geistige Entwicklung betreffen. Wie werden und bleiben Kinder und Jugendliche Demokraten? Dazu muss man die Gemeinschaft und in ihr die sozialen Bezüge thematisieren sowie positive Demokratie-Erfahrungen zu wesentlichen Bestandteilen des Bildungsprozesses machen.

**Konstanze:** Hast du irgendwelche Überlegungen zur Struktur eines demokratie-tauglichen Schulsystems gefunden? Haben sich Harald Lesch & Co irgendwo dazu geäußert, dass das bestehende gegliederte Schulsystem in eine gemeinsame Schule für alle überführt werden soll oder muss? Ich habe nichts gefunden.

**Lothar:** Ich auch nicht, dabei liegt das so nahe. Warum zieht er nicht diese Konsequenz? Schließlich ist er doch selbst auf eine solche Schule gegangen und singt ihr ein Hohes Lied.

**Konstanze:** Na, fragen wir ihn einfach. Vielleicht können wir ihn zu ein paar weiteren „Landungen“ bewegen. „Wie Bildung gelingt“ hat uns zu einem intensiven Gespräch geführt, bitten wir Harald Lesch dazu.

**Lothar:** Ja, laden wir ihn ein. Und eine Empfehlung, das Buch zu lesen, muss eigentlich gar nicht mehr ausgesprochen werden.

Übrigens, Harald Leschs Grußwort an seine Schule endet: „(...) Ich weiß, das klingt alles nach Feuerzangenbowle, aber in meinem Kopf und in meinem Herzen bleibt die TKS ein toller Ort.“

Schlussbemerkung:  
Wir haben unsere Besprechung den Buchautoren vorab zugesandt und freuen uns: Sie haben eine Erwiderung in Aussicht gestellt.

**Das Buch:**.....  
Harald Lesch, Ursula Forstner:  
Wie Bildung gelingt – Ein Gespräch,  
Darmstadt, 2020,  
wbg (Wissenschaftliche Buchgesellschaft), 144 S., ISBN 978-3-8062-4083-2,  
20,- Euro

# Der tanzende Direktor

Autorin: Verena Friederike Hasel



**Das Buch:**.....  
Verena Friederike Hasel: Der Tanzende Direktor - Lernen in der besten Schule der Welt, Verlag Kein & Aber Verlag, ISBN 978-3-0369-5800-2, 20,- Euro

## Konstanze Schneider

### Eine Leseempfehlung

„Verliebte Vulkane“, „Der Schatten eines Fahrrads auf dem Asphalt“, „Klatschen statt Schreien“, „Mathe mit Wäscheklammern und Erdbeeren“: Das sind einige Kapitelüberschriften aus Verena Friederike Hasels Erfahrungsbericht als 3fache Mutter von schulpflichtigen Kindern in Neuseeland. Da verwundert der Titel nicht: Der tanzende Direktor (Kein & Abel Verlag, Juli 2019)

Es ist eine fesselnde, bereichernde und berührende Lektüre für alle, die von Schule und Erziehung betroffen sind: sozial-pädagogisches Personal, Lehrer und Lehrerinnen, Schulleitungen, Eltern, junge Erwachsene.

Die für mich entscheidende Botschaft des Berichtes liegt in der Darstellung der Haltung, mit der im inklusiven neuseeländischen Bildungs- und Schulsystem den Kindern und Jugendlichen begegnet wird.

Sie werden als eigenständig sich entwickelnde Persönlichkeiten gesehen, denen viel zugetraut und manchmal auch zugemutet wird, die sich, ihren Lernprozess und ihre Bezugspersonen ständig reflektieren. Empathie ist neben Lernen und Erfahrung eines der Schlüsselworte zum Erfolg.

Und dann:  
**der tanzende Direktor - seien Sie gespannt!**



# #Education For Future

Autoren: Gerald Hüther, Marcell Heinrich, Mitch Senf



© Foto: wbg THEISS Verlag

## Gerd-Ulrich Franz

Im Februar 2020 erschienen, klingt „# Education For Future“ zunächst wie ein an Fff angelehnter Beitrag zur Bildung.

Ein Blick in den Inhalt offenbart schnell, dass Gerald Hüther und seine beiden Mitautoren die grundsätzliche Frage aufwerfen, welche Funktion Schule überhaupt bei einer Bildung für die Zukunft haben kann und soll.

Im ersten Teil begründet und beschreibt Hüther einmal mehr, warum Lernen in einer Schule, wie sie heute organisiert ist, nicht erfolgreich und schon gar nicht bildend sein kann, weil vergleichende Bewertung und Selektion, mithin der Allokationsauftrag dies verhindern.

Trotz der vielfachen Kritik am öffentlichen Bildungssystem sei aber keine Entwicklung in Sicht, da die erkennbaren Interessengegensätze eine Verständigung über die Richtung ausschließen.

Sein Vorschlag: die öffentlichen Schulen reduzieren auf „Aufbewahrung, Unterricht, Leistungskontrollen, Vergabe von Zertifizierungen und Abschlüssen“, eben das, „was sie auch bisher schon gemacht haben“. Dies würde alle Beteiligten entlasten, es ginge einzig um eine fundierte Ausbildung für ein erfolgreiches Berufsleben der Kinder. Wo wäre dann den „Kindern und Jugendlichen die eigenverantwortliche Gestaltung ihres Lebens und ihres Zusammenlebens mit anderen zu ermöglichen“, die Bildung für ein „glückliches, sinnerfülltes und selbst gestaltetes Leben“? – „draußen, im richtigen Leben“ und eher nicht von Lehrern und in den Schulen.

Im zweiten Teil führen die Co-Autoren aus ihrer Praxis aus, welche Erfahrungen erfolgreiches Lernen für ein gelingendes Leben befördern: „Befreiung vom Leistungsdruck, selbst gewählte Herausforderungen, Momente der Selbstgewissheit, die Begegnung mit Mentoren und als Subjekt gesehen zu werden“ (S.122). Wie die Erwachsenen diesen Bildungsprozess unterstützen können, um den Heranwachsenden die notwendige innere Orientierung für ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen, beschreiben sie sehr eingängig und nachvollziehbar. Den einzelnen Abschnitten sind Links zu Initiativen beigefügt, die in diesem Sinne arbeiten und weiterführend helfen. Ergänzend geschilderte Beispiele belegen eindringlich, wie ein so entwickelter „innerer Kompass“ dafür sorgt, fehlende formale Voraussetzungen nachzuholen – so sie denn angesichts alternativer Zugänge überhaupt benötigt werden.

Dieses Buch soll und kann also Eltern Mut machen, ein mögliches Scheitern ihrer Kinder an formalen schulischen Anforderungen nicht als Ende, sondern auch als Chance für eine selbstbewusstere Lebensführung zu verstehen. Aber auch die Lehrkräfte werden eingeladen, in ihrer täglichen Arbeit in der Schule das empfundene Dilemma zwischen schulischem Auslese- und individuellem Förderauftrag durch Begleitung der Kinder als Subjekte ihres Lernprozesses aufzulösen. Die Schilderungen sind wertvolle Anregung und Anleitung, die individuelle Potenzialentfaltung aller als zentrale Aufgabe des gemeinsamen Lernens und wertschätzenden Miteinanders in einer Schule für alle zu realisieren.

Damit wird der eingangs formulierte Vorschlag Hütthers, die öffentliche Schule auf ihre gesellschaftliche Allokationsfunktion zu reduzieren, zurechtgerückt. Eine Entpflichtung des milliardenteuren Systems der öffentlichen Schule von der Aufgabe, für alle Kinder erfolgreiches gemeinsames Lernen für ein gelingendes Leben - in der Schule und danach - sicherzustellen – wäre inakzeptabel und nicht verfassungsgemäß. Kinder in benachteiligenden Verhältnissen würden massiv benachteiligt und so die soziale Spaltung deutlich weiter verschärft!

## Das Buch:.....

Gerald Hüther, Marcell Heinrich, Mitch Senf, #Education For Future, Bildung für ein gelingendes Leben, Goldmann Verlag; HC 320 Seiten, ISBN: 978-3-442-31550-5 22,- Euro



## Selektivität des Schulsystems



Anne Ratzki



Michael Fink

### **Dr. Anne Ratzki**

ehem. Schulleiterin an Gymnasium und Gesamtschule in Köln -Holweide,  
Honorarprofessorin an der Universität Paderborn,  
Bundesvorsitzende der GGG von 1988 bis 1991,  
Vorstandsmitglied des Instituts für Teamarbeit und Schulentwicklung, Mitglied der Gesamtschulstiftung

### **Michael Fink**

ehemaliger Schulleiter der Gesamtschule Hagen -Haspe  
Mitglied des Landesvorstands der GGG (Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule NRW e.V.) Mitglied im Vorstand der Gesamtschulstiftung

Beide Autor\*innen verbindet die Idee, dass Kinder und Jugendliche so gefördert und herausgefordert werden, dass sie an der Schule, die sie aufnimmt, mindestens einen ersten Abschluss erreichen.

Ihre provokative These ist:  
Die Möglichkeit des Abschlusens verhindert dies, also sollte diese Möglichkeit abgeschafft werden.



# Schule nach Corona

## Die Selektivität aus dem Schulsystem nehmen – Schritte zur Schule für alle

**Anne Ratzki**  
**Michael Fink**

**Die Frage, die sich viele stellen: Wird es in unserem Schulsystem einen Neuanfang geben nach Corona, eine Weiterentwicklung auf dem Weg zu unserem Ziel: Eine Schule für Alle?**

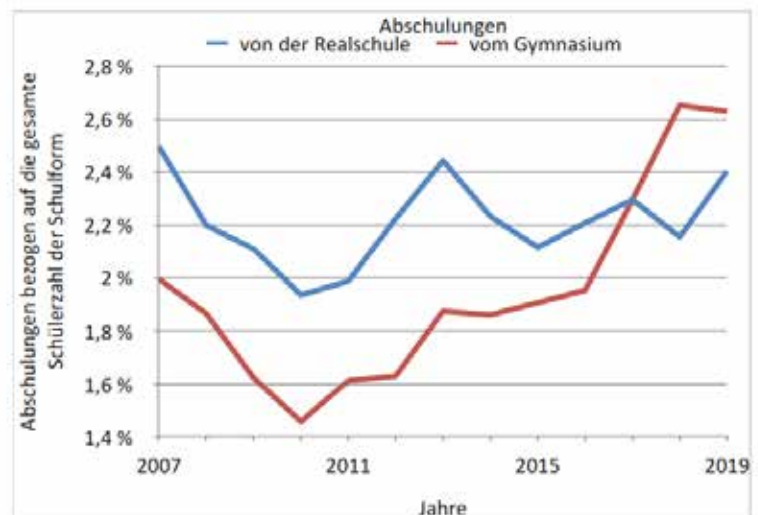
### Gründe für eine Änderung des deutschen Schulsystems

Die soziale Trennung der Schüler\*innen wurde in Corona-Zeiten überdeutlich. Wer keine Hilfe zuhause erhielt, wer keine digitalen Endgeräte besaß, war schnell abgehängt. Das traf Migrantenkinder ebenso wie Kinder aus armen Familien. Wie Gymnasien damit umgehen, zeigt das Hamburger Beispiel: Jede dritte Stadtteilschule (Gesamtschule) musste dort mitten in der Coronakrise neue siebte Klassen für abgeschulte Gymnasiasten einrichten (1). Hier wird deutlich, wie richtig die erfolgreiche Initiative der Gesamtschulstiftung in NRW gegen ein Abschulen im letzten Schuljahr war (2).

Sitzenbleiben und Abschulung beschädigen immer die betroffenen jungen Menschen, weil sie sie beschämen: Sie müssen die vertraute Klasse verlassen und sich als „Versager“ in eine neue Klasse und - beim Abschulen - in eine neuen Schule eingliedern. So reißen beide schulischen Maßnahmen Kinder und Jugendliche aus gewachsenen sozialen Bindungen. Das hatte bereits die Bildungskonferenz in NRW 2010/2011 zum Anlass genommen, folgende Übereinkunft zu treffen: „Jede Schule übernimmt die Verantwortung für den Bildungsweg der ihr anvertrauten Kinder und Jugendlichen. Es ist Aufgabe und Zielsetzung der Schule, gemeinsam mit den Eltern, die von ihr aufgenommenen Kinder und Jugendlichen unter Wahrung der Bildungsstandards zumindest zum ersten von ihr angebotenen Abschluss (Sekundarstufe I) zu führen.“ Diese Übereinkunft zeigte Erfolg, der jedoch ziemlich schnell wieder zerfloss, da die Übereinkunft von Realschule und Gymnasium nicht eingehalten wurde (siehe **Grafik rechts**, erzeugt aus Daten der amtlichen Statistik in NRW (3)).

Aktuell lassen zwei Untersuchungen über die Wirkungen von Gesamtschulen aufhorchen:

- Das Ansteigen guter Abschlüsse vor allem der benachteiligten Schüler\*innen im Konkurrenzsystem (nur Gymnasien und Gesamtschulen) in 5 Bundesländern hat Joachim Lohmann erforscht und beschrieben (4).
- GGG NRW (Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule) und Schulleitungsvereinigung der Gesamtschulen NRW haben erneut die Grundschulgutachten von Gesamtschul-Abiturient\*innen verglichen: Nur 21% der Abiturient\*innen hatten am Ende der vierten Klasse die Prognose „gymnasial geeignet“ erhalten. Bei Abiturient\*innen mit Migrationshintergrund waren es sogar nur 11%, denen die Grundschullehrkräfte einen höheren Abschluss zutrauten. Die anderen 79% bzw. 89% haben das Abitur an einer Gesamtschule gemacht, obwohl sie von der Grundschule eine andere Empfehlung erhalten haben (5).
- Dieselbe Untersuchung zeigt, dass 47% der an Gymnasien abgeschulten Schüler\*innen an der Gesamtschule das Abitur erreichen (5).



Die soziale Benachteiligung in der Schule beginnt bereits in der Grundschule, mit den Grundschulgutachten. Dieses sagt definitiv nichts über den tatsächlichen Schulerfolg aus, sortiert aber Schüler\*innen vor allem nach der sozialen Stellung ihrer Eltern. Kinder aus armen Familien und Migrantenkinder bekommen selten eine Schulformempfehlung „Gymnasium“ und häufig die Empfehlung zu einer Hauptschule. Auch hierbei werden Kinder beschämt.

### **Das gegliederte Schulsystem verstärkt und zementiert die soziale Spaltung**

Gymnasium und Realschule weigern sich häufig, sich an der Lösung gesellschaftlicher Probleme (Flucht, Armut, Behinderung) zu beteiligen. Sie verweigern sich häufig der Inklusion und auch weitgehend der schulischen Integration von Geflüchteten und schieben die Probleme auf die „unteren“ Schulformen des gegliederten Schulsystems, die Hauptschule oder die Förderschule, oder in das Integrierte Schulsystem. Im Konkurrenzsystem (nur Gymnasien und Gesamtschulen) ist schließlich die Gesamtschule damit für alle Probleme zuständig, das Gymnasium präsentiert sich als problemfreie Schule. Dort, wo es Realschulen gibt, schulen auch diese ab und entziehen sich damit ebenfalls der gesellschaftlichen Verantwortung.

Es sind vor allem Schüler\*innen ohne häusliche Unterstützung, die häufiger als andere sitzen bleiben und schließlich die Schule verlassen müssen. Schüler\*innen aus besser verdienenden Familien, aus der sozialen Mittel- und Oberschicht bleiben dann weitgehend unter sich. Während die Gesamtschule auch viele Kinder aus benachteiligten Familien zum Abitur führt, verstärkt das Gymnasium unter dem Vorwand der Leistungsauslese die soziale Spaltung der Gesellschaft.

### **Was kann das Schulsystem zur Überwindung der Spaltung der Gesellschaft leisten?**

Der Kampf gegen das Abschulen im und aus dem gegliederten Schulsystem ist damit auch ein Kampf gegen ein entscheidendes Instrument der sozialen Spaltung.

Hier müssen wir ansetzen: Abschulen darf keine Option mehr sein: Alle Schulformen des gegliederten Schulsystems, insbesondere das Gymnasium, müssen alle Schüler\*innen behalten, die sie aufgenommen haben, und sie zu guten Ab-

schlüssen führen. Das würde den Abstand zwischen den beiden Schulformen Gesamtschulen und Gymnasien verringern und Förderung ins Gymnasium bringen. Damit könnte eine Angleichung der heutigen Konkurrenten entstehen, bis zur gemeinsamen „Schule für Alle“.

### **Ein Handlungsvorschlag**

Durch Corona sind die Schuljahre 2019/20 und 2020/21 keine normalen Schuljahre. Wie schon 2019/2020 in Nordrhein-Westfalen sollte auf Sitzenbleiben und Abschulen in 2020/21 in allen Bundesländern verzichtet werden. Statt dessen sollten lernschwache Schüler\*innen durch Nachhilfe unterstützt werden – 1 Milliarde Euro stehen dafür im Bildungshaushalt des Bundes bereit.

Möglichst viele integrierte Schulen, viele Personen, Verbände, Parteien und Initiativen sollten diese Forderung in allen Bundesländern erheben. Dies sollte dann in die Forderung übergehen, das Abschulen auf Dauer zu unterbinden: „Eine solche gemeinsame Stoßrichtung der sehr großen Zahl integrierter Schulformen, würde sie nicht bundesweit eine politische Kraft entfalten, das Selbstgefühl positiv beeinflussen, den Zusammenhalt der Schulen stärken, unser Gewicht nutzen? In der Gesamtschulstiftung halten wir eine solche Kampagne für einen sinnvollen nächsten gemeinsamen Schritt auf dem noch langen Weg bis zur Erreichung der einen Schule für alle Kinder“ (2).

### **Fundstellen: .....**

- 1) GGG Landesverband Hamburg, Pressemitteilung vom 28. Juli 2020
- 2) Ingrid Wenzler: 10 Jahre Gesamtschulstiftung. In: Die Schule für alle. GGG Bund 2020/1, S. 40-41
- 3) download: <https://www.schulministerium.nrw.de/ministerium/service/schulstatistik/amtliche-schuldaten>
- 4) Joachim Lohmann: Die Auflösung der Haupt- und Realschule zugunsten der Gesamtschule ist ein bedeutender Reformschritt. 2020.  
(download: <https://www.eine-schule.de/blog/die-aufloesung-der-haupt-und-realschule-zugunsten-der-gesamtschule-ist-ein-bedeutender-reformschritt/>)
- 5) Rainer Dahlhaus, Achim Elvert, Werner Kerski, Erhard Schoppengerd: „Abiturientinnen und Abiturienten an Gesamtschulen 2020 Bildungskarrieren, Schulerfolg und die Leistung der Schulform“ in ISA 4/2020

## Impressum

**Die Schule für alle Das Magazin**

ISSN 2700-015X

## Herausgeber



## GGG Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule

Verband für Schulen des gemeinsamen Lernens e.V.

Bundesgeschäftsstelle

Huckarder Str. 12

44147 Dortmund

Tel: 0231 58 694727

[www.ggg-web.de](http://www.ggg-web.de)

## Die Schule für alle - Das Magazin Nr. 2021 | 2

### Redaktion

Rainer Dahlhaus

Dr. Christa Lohmann

Lothar Sack

Konstanze Schneider

Anne Volkmann

### Lektorat

Otfried Börner

### Medien

Lothar Sack

### Grafikdesign

Layout & Gesamtgestaltung,

Dipl. Des. Christa Gramm

### © Bildnachweis

Alle Portraits stammen aus privaten Quellen

### Kontakt

[redaktion@dieschulefueralle.de](mailto:redaktion@dieschulefueralle.de)

[leserbriefe@dieschulefueralle.de](mailto:leserbriefe@dieschulefueralle.de)

[service@dieschulefueralle.de](mailto:service@dieschulefueralle.de)

Auflage 3000, Mai 2021

### Bezugspreise

Heftpreis 8,- € einschl. Versandkosten.

Für Mitglieder ist der Bezugspreis  
im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Heftpreis bei zusätzlicher Bestellung  
durch Mitglieder 5,- € einschl. Versandkosten.

### © Alle Rechte vorbehalten

**GGG** Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule e.V.  
vertreten durch den GGG Vorsitzenden  
Dieter Zielinski

Alle Beiträge (Texte, Tabellen, Grafiken)  
und Fotos sind urheberrechtlich geschützt.

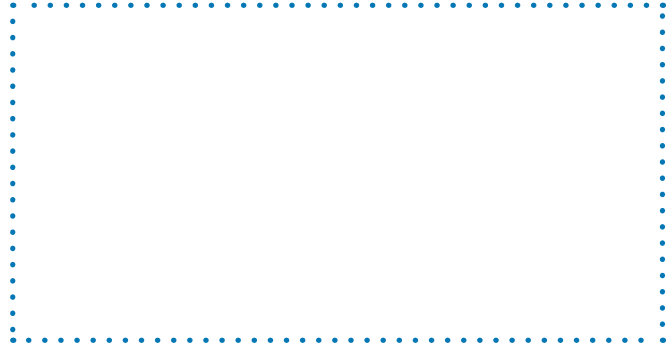
Auf der GGG-Website [ggg-web.de](http://ggg-web.de)  
stehen die Artikel des GGG Magazins  
zum Download zur Verfügung.

Sofern beim jeweiligen Beitrag nichts anderes  
vermerkt ist, kann der vollständige, unbearbeitete  
Artikel mit Nennung der Autoren und der Quelle  
„Die Schule für alle“ für nicht kommerzielle Zwecke  
kostenfrei weiterverbreitet werden.  
(Das entspricht der Creative Commons Lizenz  
CC BY-NC-ND-4.0.)

Wegen anderer Nutzung der  
Artikel oder Teilen davon wenden Sie sich bitte  
an die jeweiligen Autoren, bei denen alle  
weiteren Verwertungsrechte liegen.

**GGG e.V.**  
Huckarder Str. 12  
44147 Dortmund

Postvertriebsstück -  
DPAG Entgelt bezahlt **ZKZ 32956**



**Die Schule für alle (DSfa)**  
**GGG Magazin 2021/2**  
Demokratische Schule -  
Schule der Demokratie



[ggg-web.de](http://ggg-web.de)



**Kontakt**  
[redaktion@dieschulefueralle.de](mailto:redaktion@dieschulefueralle.de)  
[leserbriefe@dieschulefueralle.de](mailto:leserbriefe@dieschulefueralle.de)  
[service@dieschulefueralle.de](mailto:service@dieschulefueralle.de)

ISSN 2700-015X